



Aufsuchende politische Bildung im Quartier

Der Sozialraum
Quartier als
Lernort für die
Förderung
politischer
Partizipation

Johanna Blender

Juli 2021

Unter Mitarbeit
von Wassili Siegert,
Jakob Quentin,
Maëlle Dubois,
Imge Tak

Aufsuchende politische Bildung im Quartier

Der Sozialraum Quartier als Lernort für die Förderung politischer Partizipation

Johanna Blender, Juli 2021

Unter Mitarbeit von Wassili Siegert, Jakob Quentin, Maëlle Dubois, Imge Tak

IMPRESSUM

Aufsuchende politische Bildung im Quartier

Der Sozialraum Quartier als Lernort für die Förderung politischer Partizipation

Johanna Blender, Juli 2021

Unter Mitarbeit von Wassili Siegert, Jakob Quentin, Maëlle Dubois, Imge Tak

»PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier«
ist ein Projekt von Minor – Wissenschaft Gesellschaft mbH

Alt-Reinickendorf 25

13407 Berlin

Tel.: +49 30 – 45 79 89 544

E-Mail: minor@minor-wissenschaft.de

www.minor-wissenschaft.de/partq

Gefördert durch die
Bundeszentrale für politische Bildung



INHALTSVERZEICHNIS

Das Wichtigste in Kürze	7
1. Einleitung	10
2. Das Quartier als Kontextbedingung und Handlungsfeld der aufsuchenden politischen Bildung	14
2.1. Forschungsüberblick: Was ist ein Quartier?	14
2.2. Politische Ungleichheit und gesellschaftliche Zuschreibungen des »Politischseins«	15
2.3. Radikalisierungstendenzen in Wohnquartieren	19
2.4. Potenziale politischer Bildung, um Konflikten und Radikalisierungstendenzen in Quartieren entgegenzuwirken	20
3. Das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung im Quartier	23
3.1. Aufsuchende politische Bildung: Ein Umriss	23
3.2. Auftrag und Ziele	26
3.3. Inhalte	27
3.4. Zwischen Lernen und Vermittlung: Beteiligte der Bildungsarbeit	29
3.4.1. Lehrende	31
3.4.2. Lernende	32
3.4.3. Brückenmenschen	32
3.5. Lernformate	34
3.6. Digitale Medien als Lernorte	36
3.7. Öffentliche Räume als Lernorte	38
4. Praxisbeispiele	40
4.1. Konflikt<->Quartier<->Zusammenleben	41
4.2. Das Karl-Arnold-Institut	43
4.3. Menschen Häuser Nachbarschaften	44
4.4. Demokratiewerkstätten in Nordrhein-Westfalen	45
4.5. Aufsuchende Arbeit in vier Berliner Kiezen	48
4.6. Das Projekt »Ponte« in Marzahn-Hellersdorf	49
5. Fazit und Ausblick: Aufsuchende politische Bildung im Rahmen des Projekts <i>PartQ</i>	52
Quellen- und Literaturverzeichnis	57

Aufsuchende politische Bildung im Quartier

Der Sozialraum Quartier als Lernort für die Förderung politischer Partizipation

Das Wichtigste in Kürze

Das Quartier als Handlungsfeld der aufsuchenden politischen Bildung

- ▶ Ein Quartier ist ein Sozialraum, der durch Bewohner*innen, zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Akteur*innen stetig weiterentwickelt und geprägt wird.
- ▶ Häufig sind die bauliche Struktur (z. B. Plattenbau, Altbau) und das soziale Leben maßgeblich für das Image des Quartiers.
- ▶ Ein Quartier ist auch ein Erfahrungsraum, in dem sich regionale, staatliche und globale Entwicklungen direkt auswirken.
- ▶ In vielen Städten verstärken sich soziale, ethnische und demografische Segregation. Das bedeutet, dass bestimmte Quartiere gleichzeitig von Überalterung, Armut, niedrigem Durchschnittseinkommen und Zuwanderung geprägt sind.
- ▶ Starke Veränderungen und fehlende gruppenübergreifende Kontaktmöglichkeiten innerhalb eines Quartiers können zu Gefühlen von Unsicherheit und Bedrohung führen und neue Konflikte zur Folge haben.
- ▶ Mangelnde politische Teilhabe und soziale Ungleichheit führen zu politischer Entfremdung. Dies begünstigt auch Radikalisierungsprozesse.
- ▶ Bewohner*innen benachteiligter Quartiere haben häufig geringere Chancen auf eine gute Bildung und damit auch auf Teilhabe.
- ▶ Innerhalb des Quartiers können niedrighschwellige Bildungs- und Beteiligungsangebote für die Bewohner*innen umgesetzt und Raum für Mitgestaltung geschaffen werden.
- ▶ Politische Bildung geht auf ungleiche Zugänge zu Bildungsprozessen ein und organisiert Teilhabeformen, in denen alle Beteiligten gleichberechtigt miteinander diskutieren.
- ▶ Politische Bildung unterstützt langfristige Netzwerkbildung und kontroversen Dialog und fördert damit die Selbstwirksamkeit der Bewohner*innen und Akteur*innen im Quartier.
- ▶ Politische Bildung kann Radikalisierungstendenzen, gesellschaftlicher Spaltung und Politikentfremdung im Quartier entgegenreten.
- ▶ Dafür versteht politische Bildung das Quartier als ein Handlungsfeld für politische Bildungsangebote und als Lernort.

Der Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung im Quartier

- ▶ Vorhandenes Engagement und Formen des »Politisch-Werdens« im Quartier werden von bestehenden Angeboten häufig nicht erkannt und daher wenig gewürdigt.
- ▶ Durch ein weites Verständnis von Politik und Beteiligung sollen Teilhabe und Mitgestaltung vor Ort und die positive Identifikation mit dem Quartier gestärkt werden.
- ▶ Kern der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit im Quartier ist die Förderung der Selbstwirksamkeit der Zielgruppen. Menschen sollen erleben, wie sie sich einbringen können.
- ▶ Die wichtigste Aufgabe ist es, die verschiedenen Bevölkerungsgruppen miteinander in einen Dialog zu bringen. Dafür sind Begegnungsorte im Quartier besonders wichtig.
- ▶ Von der »Komm«- zur »Geh«-Struktur: Die Menschen sollen direkt angesprochen werden, an Bildungsveranstaltungen teilzunehmen und sich einzubringen. Dabei sind die Lebensrealitäten und die Vielfalt der Zielgruppen der Ausgangspunkt für die Entwicklung der Bildungsformate.
- ▶ Bewohner*innen sind Expert*innen für ihre Quartiere und sollen Lerninhalte selbst bestimmen. Bereits dadurch erfahren die Lernenden Selbstwirksamkeit.
- ▶ Bei der Entwicklung von Angeboten aufsuchender politischer Bildung sollten die Heterogenität des Quartiers und mögliche Konflikte berücksichtigt werden.
- ▶ Meistens gibt es im Quartier bereits politisch und sozial engagierte Personen, die bekannt sind und viele Kontakte haben. Diese Brückenmenschen können helfen, verschiedene Gruppen zusammenzubringen und Vertrauen zu schaffen.
- ▶ Möglichst große Freiheit, Niedrigschwelligkeit und Vielfalt der Partizipationsformen sind wichtig.
- ▶ Unterhaltungsveranstaltungen, künstlerische Aktionsformen, Stadtspaziergänge, Gründung von Nachbarschaftsgremien und regelmäßige Gesprächsrunden sind nur einige mögliche Formate.
- ▶ Nicht alle Bewohner*innen im Quartier können öffentliche Räume gleichermaßen nutzen. Mithilfe von Beteiligungsformaten können zentrale Orte im Stadtteil so umgestaltet werden, dass alle Bewohner*innen Zugang haben.
- ▶ Auch kann es sinnvoll sein, digitale Medien als Lernorte zu nutzen. Hierbei sind jedoch bestimmte Hürden zu beachten. So können ältere Menschen häufig mit digitalen Medien weniger gut umgehen und nicht alle Jugendlichen haben Zugang zu einem Computer oder einem Smartphone.

Beispiele für Formate und Inhalte aufsuchender politischer Bildung in der Quartiersarbeit

► Formate

- Workshops, Multiplikator*in-schulungen, Informationsveranstaltungen
- Besuche in institutionellen Bildungsstätten
- Festivals, Feste mit politischen und Unterhaltungsinhalten
- Begegnungs- und Wohnprojekte
- Gemeinsam begangene interreligiöse Feiertage
- Fahrradwerkstätten
- Stadtteilblogs, Stadtteilführungen
- Demokratieradio
- Regelmäßige Projektstammtische
- Geschichtswerkstätten

► Inhalte

- Erlebbarere Demokratie im Gegensatz zu abstrakter ferner Politik
- Lokale Themen und Herausforderungen (z. B. Kommunalwahlen, Müllentsorgung)
- Fragen zur Architektur und Stadtentwicklung
- Allgemeine Politik (z. B. politische Systeme, Mietpolitik)
- Diskriminierung
- Soziale Ungleichheit
- Deutsche Geschichte
- Nachhaltigkeit und Klimaschutz
- Radikalisierung und Extremismus

Das Projekt »PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier«

hat zum Ziel, bundesweit in Modellquartieren aufsuchende politische Bildung zu fördern, zu begleiten und zu evaluieren.

Die Projektschritte umfassen:

- eine Analyse von relevanten Themen und Bedarfen sowie zentralen lokalen Akteur*innen und Netzwerken
- die Entwicklung von Partizipationsansätzen und Bildungskonzepten mit Wohnungsunternehmen und anderen lokalen Akteur*innen
- die Umsetzung von Teilprojekten der aufsuchenden politischen Bildung durch lokale Träger vor Ort, begleitet durch das Projektteam
- einen quartiersübergreifenden Austausch der Beteiligten

Nach einer ersten Projektrunde (2021–2022) werden Zwischenerkenntnisse ausgewertet und in eine zweite Runde (2023–2024) einfließen. Zu Projektende sollen die Erkenntnisse bundesweit verbreitet werden.

Das Projekt wird stets von einem Projektbeirat begleitet, der sich aus Fachakteur*innen der politischen Bildung, der sozialen Stadtentwicklung und der Wohnungswirtschaft zusammensetzt.

1. Einleitung

Die Gleichheit aller in einer Gesellschaft lebenden Menschen ist Grundlage jeder Demokratie. Politische Entscheidungen in einem demokratischen System müssen diesen Gleichheitsanspruch repräsentieren und auf die Belange der Bevölkerung reagieren. Wenn dies nicht der Fall ist, zum Beispiel wenn politische Entscheidungen die Anliegen bestimmter Gruppen weniger repräsentieren als die anderer, so stellt dies eine Gefahr für das demokratische Gleichheitsversprechen dar.

Politische Entscheidungen in Deutschland repräsentieren jedoch überwiegend ökonomisch privilegierte Menschen. Dies zeigt sich u. a. am sozialen Hintergrund politischer Entscheidungsträger*innen: Über 80 % der Bundestagsabgeordneten haben studiert (Führer 2020); Arbeiter*innen und Erwerbslose sind in politischen Gremien aller Ebenen kaum vertreten (Walter 2014: 20). Dazu kommt eine mangelnde Responsivität der Politik zulasten wirtschaftlich Benachteiligter – in politischen Entscheidungen wird weniger auf die Belange ärmerer Menschen als auf die Belange einkommensstarker Gruppen reagiert (Elsässer et al. 2017).

Dieses Phänomen, das Helmut Bremer als »Krise der politischen Repräsentation« (Bremer 2020: 4) beschreibt, ist fatal, weil politische Entscheidungen somit gerade die Menschen nicht berücksichtigen, auf deren Lebensrealitäten sie den meisten Einfluss haben und die politische Unterstützung am dringendsten benötigen (Geißel 2012).

Die daraus folgende Entfremdung von Betroffenen zu politischen Feldern schlägt sich in der Wahlbeteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen nieder. Misst man politische Partizipation der Bevölkerung an der Wahlbeteiligung, so gibt es hier einen eindeutigen Trend: Der Rückgang der Wahlbeteiligung betrifft besonders bildungsbenachteiligte Menschen. Noch 1990 war die Wahlbeteiligung in allen gesellschaftlichen Bevölkerungsgruppen etwa gleich hoch; heute dagegen ist die Beteiligung ökonomisch und bildungsbevorzugter Gruppen im Verhältnis zu benachteiligten Gruppen viel höher (Vehrkamp 2015; Kantar Public 2017: 16; Schäfer 2021). Besonders deutlich wird dieses Phänomen bei dem Vergleich von langzeitarbeitslosen mit dauerhaft erwerbstätigen Menschen (Geißel 2012).

Zwar ist die gesamtgesellschaftliche Zustimmung zur Demokratie in Deutschland hoch, doch im Hinblick auf die Zufriedenheit mit den derzeitigen politischen Gegebenheiten lässt sich eine Kluft in der Gesellschaft erkennen, die maßgeblich von ökonomischen und sozialen Zugangsvoraussetzungen bestimmt wird: Politikskepsis, -unzufriedenheit und -abwehr korrelieren mit Lebensrealitäten, die eine »Entfremdung« zur Politik besonders in ökonomisch und bildungsbenachteiligten Bevölkerungsgruppen zur Folge hat (Bremer 2020: 4). Dies ist nicht nur ein Phänomen in Deutschland, sondern international zu beobachten (Geißel 2012).

Es ist somit nicht weit genug gedacht, bildungsbenachteiligten Menschen pauschal eine Politikverdrossenheit zuzuschreiben. Ihre Interessen werden lediglich nicht hinreichend vertreten. Die politische Entfremdung hat reale Auswirkungen auf Bereiche, die für alle Menschen und im Besonderen für die Lebensrealitäten sozioökonomisch benachteiligter Bevölkerungsgruppen von Bedeutung sind, so z. B. Klimapolitik, soziale Ungleichheit und Geschlechtergerechtigkeit (Bremer 2020: 4). So wird die »Kluft der politischen Ungleichheit« (Krüger 2019: 22, siehe Kapitel 2.2) immer weiter vertieft. Spiegelbilder der politischen Entfremdung sowie der Frustration angesichts gesellschaftlicher Zustände zeigen sich in wachsender Unzufriedenheit mit politischen Institutionen, einer Zunahme an rechtsextremen Einstellungen und Protesten, einer geringen Wahlbeteiligung von sozioökonomisch benachteiligten Menschen und verhältnismäßig steigenden Wahlerfolgen für populistische Parteien (Bremer 2020: 4).

Der demokratische gesellschaftliche Zusammenhalt hängt von der Mitgestaltung aller Beteiligten ab.

Um der Krise der politischen Repräsentation etwas entgegenzusetzen, gilt es, Ressourcen zu investieren, um das Demokratiebewusstsein und die Möglichkeiten politischer Partizipation bildungsbenachteiligter Bevölkerungsgruppen zu stärken (siehe Kapitel 2). Hier können politische Bildungsangebote ansetzen: Das grundlegende Ziel politischer Bildung ist die Organisation gesellschaftlicher Teilhabe, fußend auf dem Prinzip der Gleichwertigkeit (Krüger 2019: 19). Dies beinhaltet auch einen gleichberechtigten Zugang zum

Bildungssystem. Dazu gehört, ein Bewusstsein dafür zu vermitteln, dass der demokratische gesellschaftliche Zusammenhalt von der Mitgestaltung aller Beteiligten abhängt (a. a. O.: 28). Etablierte Bildungsinstitutionen gelten jedoch bei sozioökonomisch benachteiligten Menschen zunehmend als Vertretung des politischen Establishments und scheitern damit an ihrer Aufgabe, alle Menschen zu erreichen. Daraus ergibt sich eine »doppelte Distanz« zwischen Bildungsinstitutionen und Menschen, deren Vertrauen in politische Institutionen gering ist (Bremer 2020: 4f.).

Angesichts der sinkenden Beteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen an politischen Prozessen steht die politische Bildung vor der Herausforderung, sich im Hinblick auf ihr Selbstverständnis, ihre eigenen Inhalte und Formate zu hinterfragen, um auf ungleiche Teilhabebedingungen in Bildungsprozessen einzugehen. Zu diesem Zweck muss die politische Bildung sich besonders den Gruppen zuwenden, die aufgrund verschiedenster politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Umstände benachteiligte Zugangsvoraussetzungen zu politischen Prozessen haben. Dies gilt nicht nur für die Bildung junger Menschen; besonders die Erwachsenenbildung ist entgegen ihrer gesamtgesellschaftlichen Bedeutung für inklusive Demokratisierungsprozesse eine in Forschung und Praxis vernachlässigte Disziplin (Bremer & Trumann 2016).

Gesamtgesellschaftliche Entwicklungen wie der demografische Wandel und Globalisierungsprozesse, darunter z. B. Migration und Digitalisierung, spiegeln sich in bestimmten Quartieren auf besondere Weise wider. Auch

durch die Covid-19-Pandemie werden soziale Ungleichheiten verstärkt, z. B. dahingehend, dass ein Teil der Bevölkerung sich weitgehend auf die eigene Wohnung beschränkt, während andere Menschen in teils prekären Arbeitsbedingungen weiter und durch die Bedingungen der Pandemie intensiviert arbeiten. So nimmt außerdem die Bedeutung des direkten Wohnumfeldes zu.

Politische Prozesse finden überall statt. Potenziale von Quartieren müssen stärker gesehen und genutzt werden.

Im Kontext von Bildung in sozialräumlich segregierten Räumen ist nicht nur zu fragen, welche Bedeutung Bildung für das Quartier hat, sondern auch, welche Potenziale für Bildungsprozesse in dem Quartier stecken. So stellt die Stadt als Sozialraum besondere Orte non-formaler und informeller Bildung bereit (Mack 2020: 215). Anzuerkennen, dass politische Prozesse überall stattfinden, jedoch unter Umständen anders kodiert sind, ist der erste Schritt der Annäherung, die aufsuchende politische Bildungsarbeit durch ein erweitertes Verständnis davon, was als politisch verstanden wird, leisten muss (Bremer & Trumann 2016: 87). Weitergehende Fragen nehmen Inhalte, Methoden, Orte und Akteur*innen in den Blick (a. a. O.: 24–26): Welche Fragen und Themen sind für den Sozialraum Quartier als Lernort relevant? Wie können politische Bildungsangebote entwickelt werden, die einen direkten Bezug zur Lebensrealität ihrer Zielgruppen herstellen, ihren Bedürfnissen und Fähigkeiten gerecht werden und sie zur Mitgestaltung motivieren? Wie können barrierefreie öffentliche Räume geschaffen werden, zu denen alle Menschen

im Quartier Zugang haben und in denen sie Selbstwirksamkeit erfahren können? Und nicht zuletzt: Von wem können und müssen diese Prozesse initiiert, begleitet und mitgestaltet werden?

Im Hinblick auf die Zunahme politischer Ungleichheit im urbanen Raum rücken Städte in das öffentliche Interesse bildungspolitischer Entwicklungen, sichtbar besonders in der »Aachener Erklärung« von 2007 (Mack 2020: 216), in der der Deutsche Städtetag eine stärkere Verantwortung der Städte im Bildungsbereich forderte. Projekte und Programme von Städten, Bund und Ländern, darunter u. a. das bundesdeutsche Programm »Soziale Stadt« (seit 1999), widmen sich der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verringerung sozialer Ungleichheiten im urbanen Raum. Dabei hat sich gezeigt, dass städtebauliche Maßnahmen allein nicht ausreichend sind – so wurden die ressortübergreifende Strategie zur sozialen Stadt »Nachbarschaften stärken, Miteinander im Quartier« und 2020 das Programm »Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im Quartier gemeinsam gestalten« ins Leben gerufen. Darin werden ein interdisziplinärer Ansatz mit einer Schwerpunktsetzung auf der Stärkung von politischer Teilhabe und zivilgesellschaftlichem Engagement vertreten (BMI 2021) und sechs Modellprojekte in diesem Feld gefördert, u. a. von der Berliner Landeszentrale für politische Bildung (siehe Kapitel 4.5).

Auch Minor weist eine Bandbreite an Projekten in der Quartiersanalyse und politischen Bildung auf und ist seit jeher mit Beratungs- und Bildungsangeboten befasst, die speziell dafür konzipiert sind, Menschen zu erreichen, die von herkömmlichen Ange-

boten nicht (genug) erreicht werden. Seit 2018 setzt sich Minor – Wissenschaft Gesellschaft mit der Analyse und Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Quartieren auseinander, etwa durch die vom GdW – Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Auftrag gegebene Studie »Herausforderung: Zusammenleben im Quartier«. Auch bei Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung wurden themenbezogene Projekte durchgeführt. Hier sind das von der Bundeszentrale für politische Bildung geförderte Projekt »Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben« zu Bedarfen und Potenzialen politischer Bildungsarbeit zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in ausgewählten Modellquartieren und das Projekt »BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!« zur Förderung der Teilhabe migrantischer Communities auf lokaler Ebene zu nennen.

Anknüpfend an bisherige Ergebnisse der Quartiersstudien und Projekte von Minor, die die Notwendigkeit und Möglichkeit politischer Bildung zur Entwicklung von Zusammenhalt in Quartieren betonen, wird in dieser Veröffentlichung der Sozialraum Quartier als Lernort für aufsuchende politische Bildungsprogramme untersucht. Dies geschieht im Rahmen des Projekts »PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier«, in welchem von 2021 bis 2024 gemeinsam mit lokalen Akteur*innen aufsuchende politische Bildungsprojekte in ausgewählten Quartieren entwickelt, umgesetzt und evaluiert werden – mit dem Ziel, das Zusammenleben in den Quartieren zu stärken und der zunehmenden Polarisierung in der Gesellschaft entgegenzuwirken.¹

Ebensolche Phänomene, wie soziale, wirtschaftliche und politische Polarisierungstendenzen und eine wachsende gesellschaftliche Ungleichheit, sind in der Gesamtgesellschaft anzutreffen und beschränken sich nicht nur auf von Armut und Prekarität geprägte Sozialräume. Jedoch ist das Wohnumfeld im Kontext zunehmender sozialer Ungleichheit von großer Bedeutung (Pfaller 2012: 4f., 14). Ebenso müssen prekäre Lebensverhältnisse nicht bedeuten, dass der nachbarschaftliche Zusammenhalt schwächer ist als in weniger segregierten Quartieren. In den bisherigen Studien und Projekten, die von Minor durchgeführt wurden (vgl. von Oswald et al. 2019; Stapf & Siegert 2019), treten derartige Tendenzen jedoch vorwiegend in Quartieren auf, die stärker von sozioökonomischer Segregation betroffen sind. Daher werden hier sozial segregierte und benachteiligte Quartiere im Mittelpunkt stehen.

Das folgende Working Paper beleuchtet Fragen, denen sich aufsuchende politische Bildungsarbeit im Quartierskontext stellen muss. Dazu wird zunächst das Quartier als Handlungsfeld für politische Bildungsangebote dargestellt. In diesem Rahmen werden wissenschaftliche Erkenntnisse zu Auswirkungen und Ursachen ungleicher politischer Teilhabe und Radikalisierungstendenzen in Wohnquartieren herangezogen. Daran anschließend wird das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung und theoretische sowie praktische Aspekte ihrer Inhalte, Formate und Akteur*innen vorgestellt. Konkrete Praxisbeispiele bereits durchgeführter und geplanter Projekte im Feld der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit sowie ein Ausblick auf das Projekt PartQ bilden den Schluss des Working Papers.

1 Zur Zunahme der gesellschaftlichen Polarisierung in Deutschland siehe Pfaller 2012.

2. Das Quartier als Kontextbedingung und Handlungsfeld der aufsuchenden politischen Bildung

Um die Potenziale politischer Bildung im Quartier zu identifizieren, ist zunächst ein Versuch der Definition des Quartiers als Spannungsfeld unterschiedlicher Akteur*innen erforderlich. Dann muss auf die Faktoren eingegangen werden, die politische Bildung im Quartier notwendig machen. Dazu gehört politische Ungleichheit, die sich in einer »Abschottung« bildungsbenachteiligter Gruppen äußert, sich in Quartieren konzentrieren und dort Radikalisierungstendenzen zur Folge haben kann. Auf dieser Basis wird das grundlegende Potenzial politischer Bildungsangebote zur Förderung von nachbarschaftlicher Interaktion und anderer Prozesse dargestellt, die Tendenzen der Abschottung entgegenwirken.

2.1. Forschungsüberblick: Was ist ein Quartier?

Für das Verständnis des Quartiers als Sozialraum und Lernort der aufsuchenden politischen Bildung ist eine Auseinandersetzung mit dem Konzept des Quartiers notwendig. Die zentralen Begrifflichkeiten zur Beschreibung eines Sozialraums – im Besonderen Quartier, Stadtteil und Nachbarschaft – lassen sich jedoch schwer voneinander abgrenzen. Innerhalb der Quartiersforschung gibt es bisher keinen klaren Konsens über die Definition der Begriffe (von Oswald et al. 2019: 19). Übereinstimmung besteht jedoch in der Herausstellung des Quartiers als nicht klar abgrenzbarem Sozialraum, der in ständiger Interaktion mit seiner direkten Umwelt und

darüber hinaus steht. Diese Auffassung entwickelte sich im Rahmen der als *spatial turn* bezeichneten stärkeren wissenschaftlichen Fokussierung der 1970er Jahre auf den Raum als sozial komplexes Handlungsfeld (Stapf & Siegert 2019: 7).

Quartiere werden verstanden als lokale Erfahrungsräume regionaler, (national-)staatlicher und globaler Entwicklungen, auch bezeichnet als »Glokalisierung« (Schnur 2014: 41). Diese lokale Projektion globaler Prozesse im Kontext von Immigration und anderen politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen geht einher mit einer Bedeutungszunahme des direkten Wohnumfelds (Becker & Schnur 2020: 4). Olaf Schnur definiert das Quartier wie folgt:

»Ein Quartier ist ein kontextuell eingebetteter, durch externe und interne Handlungen sozial konstruierte[r], jedoch unscharf konturierte[r] Mittelpunkt-Ort alltäglicher Lebenswelten und individueller sozialer Sphären, deren Schnittmengen sich im räumlich-identifikatorischen Zusammenhang eines überschaubaren Wohnumfelds abbilden.«
(Schnur 2014: 43)

Der Begriff »Nachbarschaft« weist große Parallelen zum Begriff des Quartiers auf. Mehr noch als das Quartier beinhaltet die »Nachbarschaft« jedoch einen stärkeren Fokus auf soziale Netzwerke innerhalb eines Raumes, wodurch ein Quartier somit auch verstanden

werden kann als »Ort verschiedener Nachbarschaftsnetzwerke, [...] in dem sich fluide nachbarschaftliche Perspektiven – das ›Nachbarschaft-Machen‹ abspielen« (Becker und Schnur 2020: 4).

Ein Quartier wird dann zum Quartier, wenn die Akteur*innen es als solches verstehen.

Quartiere zeichnen sich mitunter, jedoch nicht notwendigerweise, optisch durch ihre architektonische Form aus (Stapf & Siegert 2019: 8). Handlungstragende eines Quartiers – also Bewohner*innen, verschiedene Communities sowie zivilgesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Akteur*innen – machen ein Quartier jedoch erst zum Quartier: Quartiere sind sozial und symbolisch konstruierte Räume und werden als solche im Alltag, durch Planung und Aneignung immer wieder (re-)produziert (vgl. Lefebvre 1974). Unter anderem bedeutet dies, dass ein Quartier dann zum Quartier wird, wenn die lokalen Akteur*innen es als solches verstehen (Stapf & Siegert 2019: 8). Ein Quartier ist somit ein Sozialraum, auf den diverse Perspektiven gerichtet sind, was die Definition weiter erschwert (von Oswald et al. 2019: 20).

Konflikte gehören zum Alltag des Zusammenlebens in jedem Quartier. Quartiere sind folglich zugleich Erfahrungs- und Diskussionsräume, in denen lokale bis globale Entwicklungen ausgehandelt werden. Die Praxis der politischen Bildung knüpft an die diversen Sichtweisen der Bewohner*innen und Akteur*innen des Quartiers an. Die Förderung von Netzwerkbildung und kontroversen Dialog nimmt dabei eine zentrale Bedeutung ein. Angebote der politischen Bildung können

allen Beteiligten Instrumente geben, mit Konfliktsituationen umzugehen und Möglichkeiten der Mitgestaltung zu identifizieren und umzusetzen, und damit Selbstwirksamkeit fördern (Stapf & Siegert 2019: 8).

2.2. Politische Ungleichheit und gesellschaftliche Zuschreibungen des »Politischseins«

Der Begriff der politischen Ungleichheit(en) beschreibt das Phänomen der ungleichen politischen Partizipation und Repräsentation entlang sozioökonomischer Privilegien. Es ist Aufgabe der (aufsuchenden) politischen Bildung, der politischen Ungleichheit etwas entgegenzusetzen, besonders dort, wo sie geballt auftritt. Die Unmöglichkeit direkter politischer Partizipation, wie z.B. aufgrund einer fehlenden Staatsbürgerschaft und somit fehlenden Wahlrechts, ist jedoch nur die Spitze des Eisbergs politischer Ungleichheit. Die tendenzielle Distanz insbesondere zwischen bildungsbenachteiligten Bevölkerungsgruppen und Politik sowie politischer Bildung wird bereits vielerorts belegt (z.B. Neugebauer 2007; Ludwig 2019: 2).

Als Gründe für diese Distanz werden überwiegend ein ungleicher Zugang zu ökonomischen und kulturellen Ressourcen identifiziert (Bremer & Trumann 2016: 86f.). Durch die Bildungsexpansion, eine Folge der gesteigerten Investition in das Bildungswesen seit den 1950er Jahren, erlangten immer mehr Menschen höhere Bildungsabschlüsse. Dies führte im gleichen Atemzug zu einer »Bildungsinflation« mit einhergehender Entwertung von Abschlüssen, was die berufliche und somit ökonomische Situation von Menschen

mit niedrigeren Bildungsabschlüssen erschwerte (Ottersbach 2020: 22). Die Konsequenz war eine Verstärkung bisheriger Benachteiligungsmechanismen, die geografisch konzentriert auftritt und somit zu einer »Abhängung« ganzer städtischer Quartiere führen kann (Bremer 2020: 13). Da politische Teilhabeprozesse nach der gleichen Logik funktionieren wie soziale Teilhabe, haben sozial benachteiligte Menschen gleichermaßen weniger politische Chancengleichheit: Soziale Ungleichheit produziert politische Ungleichheit (a.a.O.: 7). So finden soziale Disparitäten unmittelbaren Ausdruck im Bildungsgeschehen, welches wiederum eine disparate politische Partizipation hervorruft (Mack 2020: 217).

Gerade benachteiligte Zielgruppen, für die politische Bildungsformate der Erwachsenenbildung häufig konzipiert werden, werden am wenigsten erreicht.

Zu den wichtigsten Aufgaben der Erwachsenenbildung gehören nach Bremer und Trumann (2016: 86ff.) die Überwindung dieser Phänomene, die auch als »soziale« und »doppelte« Selektivität bzw. »Weiterbildungsschere« bezeichnet werden (Faulstich 1981), da sie einer Chancengleichheit entgegenstehen. Die Tatsache, dass gerade die Zielgruppen, für die politische Bildungsformate der Erwachsenenbildung konzipiert werden – in erster Linie sind dies politisch und sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen – diese am wenigsten in Anspruch nehmen, bringt die politische Bildung in eine paradoxe Situation. Dem zugrunde liegt ein »Abschottungseffekt«

(Bremer 2020: 7f.) bildungsbenachteiligter Gruppen von der Politik: Menschen, die sich politischen Partizipationsprozessen entfremdet fühlen und ihre Teilhabeaussichten als nicht existent begreifen, ergreifen die (ohnehin schon geringeren) Möglichkeiten zur politischen Partizipation nicht und werden von zentralen politischen Feldern isoliert. Oft vernachlässigen politische Akteur*innen betreffende Gruppen wiederum, weil sich eine Investition augenscheinlich nicht lohne (Walter 2014: 13).

Diese Dynamik hat ein geringes Maß an Selbstwirksamkeitserfahrungen bildungsbenachteiligter Menschen zur Folge, dass sich, wie Walter (a.a.O.: 11) zeigt, in bestimmten Quartieren geballt äußert. Nicht nur in dem quartiersbezogen auftretenden Phänomen des Nichtwählens, sondern auch in der Existenz zivilgesellschaftlicher Initiativen gibt es deutliche Unterschiede bezüglich des sozioökonomischen Hintergrunds der Engagierten: Menschen, die im Laufe ihres Lebens ein höheres Maß an Selbstwirksamkeit entwickelt haben, indem sie durch eine ökonomische Absicherung und Zugang zu Bildungsinstitutionen eine höhere Wirkmächtigkeit erfahren durften, tendieren eher zu zivilgesellschaftlichem und politischem Engagement. So finden politische Selbstorganisationen vor allem in privilegierten Milieus statt (a.a.O.: 19). Dies verstärkt die ohnehin schon vorhandenen Repräsentationslücken auch auf der Ebene selbstorganisierter politischer Teilhabe.

Engagement muss jedoch auch als Ressource verstanden werden, die sich nicht jede*r »leisten« kann. Untersuchungen zum bürger-

lichen Engagement belegen, dass bildungsbenachteiligte Menschen weniger Zugang zu etablierten Partizipationsformaten haben. Dies gilt auch für zivilgesellschaftliche Organisationen. Aus einem in Politik und Gesellschaft oft dominierenden Blickwinkel, der die geringere Partizipationsmöglichkeit und -bereitschaft sogenannter bildungsferner Gruppen aus einer »Defizitperspektive« betrachtet, wird bildungsbenachteiligten Gruppen jedoch oft eine generelle Politikverdrossenheit zugeschrieben (Bremer & Trumann 2016: 86f.).

Dabei bedeutet eine Distanz von etablierten politischen Beteiligungsformaten nicht per se, dass Menschen sich nicht politisch betätigen. Dies ist für verschiedene Zielgruppen belegt, darunter sowohl für Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte, die sich angeblich in einem verhältnismäßig geringeren Maße an politischen Prozessen beteiligen (Munsch 2010), als auch für bildungsbenachteiligte Jugendliche und Analphabet*innen (Pape 2011). Bildungsbenachteiligten Gruppen gemein ist jedoch, dass das Maß ihrer politischen Partizipation und ihres gesellschaftlichen Engagements nicht auf herkömmlichem Wege erfassbar ist, weil sie sich außerhalb der etablierten Wege und Orte vollzieht und sich in anderen Begrifflichkeiten ausdrückt (Bremer & Trumann 2016: 87; Bukow 2016). Dadurch entsteht ein »verborgenes, informelles Engagement« z. B. in Form von Nachbarschaftshilfe, das mitunter auch von den Engagierten selbst nicht als solches wahrgenommen wird, weil es als selbstverständlich gilt (Klatt & Walter 2011: 196).

Diejenigen, die bestimmen, wer oder was als »politisch« wahrgenommen wird, haben die Definitionsmacht über politische Begriffe.

Das zentrale Problem der Ungleichheit spiegelt sich auch hier wider: Diejenigen, die die Deutungshoheit darüber haben, wer oder was als »politisch« wahrgenommen wird und darüber, was in der politischen Bildung gelehrt werden sollte, haben die Definitionsmacht über politische Begriffe (Bremer & Trumann 2016: 87). Bildungsbevorteilten Gruppen wird politische und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, die in einen bestimmten Habitus eingebettet ist und ihnen Repräsentanz auf verschiedenen politischen Ebenen verspricht. Bildungsbenachteiligte Bevölkerungsgruppen, deren Ausdruck und Form politischer Aktivität als minderwertig erachtet oder gar nicht erst als politisch wahrgenommen werden, verlegen ihre politischen Aktivitäten dagegen auf andere, zumeist informellere Ebenen. Um diese Menschen zu erreichen, müssen konventionelle Definitionen und Formen des »Politisch-Werdens« hinterfragt werden (a.a.O.: 84ff.).

Um die Ausmaße von politischer Ungleichheit zu erfassen, ist eine Hinwendung zu Intersektionen von Benachteiligungsmechanismen hilfreich. Das Konzept Intersektionalität geht auf Kimberlé Crenshaw zurück (Crenshaw 1989). Es ermöglicht eine Analyse der Verschränkungen von Diskriminierungsstrukturen aufgrund sozial konstruierter Kategorien wie *race*, *class* und *gender* und die Verstärkung sozialer Ungleichheiten durch die Zusammenwirkung von diskriminieren-

den Systematiken, die auf diesen Kategorien beruhen. Dies ist im Kontext von Bildungsgerechtigkeit relevant, da auch politische Ungleichheit in Korrelation mit anderen strukturellen Benachteiligungsmechanismen wie beispielsweise Rassismus, Sexismus und Antisemitismus verstanden werden muss (Walter 2014: 16).² Ein Beispiel ist die Verschränkung von Rassismus mit Klassismus bzw. sozio-ökonomischer Benachteiligung. So sind von Rassismus Betroffene und Menschen, denen einen Migrationshintergrund zugeschrieben wird, in einem höheren Maße von politischer Ungleichheit betroffen, wodurch sich Bildungsbenachteiligung z. B. stärker auf sozial benachteiligte junge Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte auswirkt (Ottersbach 2020: 22f.).³

Mit ökonomischer Benachteiligung zusammenwirkende Diskriminierungsmechanismen wie (institutionelle) Rassismen zeigen konkret im Bildungssystem ihre Auswirkungen: So gibt es eine fehlende Förderung von Muttersprachlich- und Mehrsprachigkeit, die Schüler*innen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte zugutekommen würde. Auch die frühe Selektion, nach der bereits in der Grundschule über den weitergehenden Bildungsweg entschieden wird, benachteiligt Kinder aus Einwanderungsfamilien (ebd.). Darüber hinaus sind Schüler*innen von ras-

sistischer Diskriminierung im Bildungssystem betroffen, sobald sie nicht als Teil der weißdeutschen Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen werden.⁴ Diese Strukturen spiegeln sich auch in dem sozialen Hintergrund der Lehrkräfte in Schul- und Erwachsenenbildung wider, die überwiegend aus privilegierten Milieus kommen und verhältnismäßig selten von Rassismus betroffen sind, was zu einer mangelnden Repräsentation auf der Ebene der Lehrenden gegenüber ihrer Lernenden führt (ebd.). Neben konkreten Forderungen wie die nach einer höheren Durchlässigkeit des Schulsystems können hier politische Bildungsangebote in Form von Antidiskriminierungs- und Empowermentarbeit mit Lehrenden und Lernenden sowie Projekten zur Förderung der politischen Partizipation, die sich zielgruppenorientiert an mehrfach benachteiligte Menschen richten, gesellschaftliche Teilhabe fördern und Zusammenwirkungen von politischer und sozialer Ungleichheit entgegenwirken.

Die Pandemie verstärkt soziale und politische Ungleichheiten.

Auch die Covid-19-Pandemie wird ihre Spur hinterlassen: Aufgrund beengter Lebensverhältnisse und prekärer Beschäftigungen, die weder Social Distancing noch Home Office zulassen, liegen nicht nur die Infektionen, sondern auch die Todeszahlen durch Covid-19 global gesehen bei von Armut betroffenen Menschen höher als bei privilegierten Bevölkerungsgruppen (Szigetvari 2021). Es ist zu erwarten, dass auch soziale und ökonomische Ungleichheiten durch die Covid-19-

2 Weitere Benachteiligungsstrukturen sind Klassismus (Diskriminierung aufgrund des sozialen und/oder ökonomischen Hintergrundes oder Position), Ableismus (Diskriminierung von Menschen aufgrund einer Behinderung) und Ageismus (Diskriminierung aufgrund des Lebensalters).

3 Das Ausmaß der Benachteiligung wiederum hängt auch vom Kontext ihrer Migrationsgeschichte ab; So sind Menschen mit europäischer Einwanderungsgeschichte weniger benachteiligt, wenn sie als der weißen Mehrheitsgesellschaft angehörig gelesen werden (Ottersbach 2020: 22).

4 Zu Rassismus und Bildungsungerechtigkeit siehe Karabulut 2020.

Pandemie auf lange Sicht verstärkt werden, auch wenn sie in Deutschland durch Sonderzahlungen kurzfristig abgefedert werden konnten. Vor allem migrantische Mädchen und Frauen sind von diesen Folgen der Pandemie betroffen (FES 2020). Gründe für die verstärkte Kluft zwischen Arm und Reich sind u. a. ein Anstieg an Arbeitslosigkeit, ein verstärkter Druck auf Menschen in prekären Beschäftigungen, und eine Verstärkung ungleicher Aufteilung von Haus- und Care-Arbeit innerhalb der Familien.⁵ Durch das digitale Lernen wird auch die Bildungsungleichheit, die sich durch eine Kluft zwischen privilegierten und benachteiligten Schüler*innen auszeichnet, vertieft werden (El-Mafaalani 2020). Die gesellschaftlichen Folgen der Pandemie werden in sozio-ökonomisch segregierten Quartieren besonders spürbar werden.

2.3. Radikalisierungstendenzen in Wohnquartieren

Wie in der Gesamtgesellschaft ist auch in einzelnen Quartieren eine Zunahme an rechtsextremen Einstellungen sowie eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Politik zu verzeichnen, die sich in einer Zunahme an Stimmen für rechtsextreme und populistische Parteien und alternativen Protestformen äußern (Bremer 2020: 14f.). Es ist eine Korrelation von politischer Ungleichheit mit Radikalisierungstendenzen zu beobachten: Besonders in Quartieren, die von struktureller Segregation und Armut geprägt sind, ist wachsender Rechtsextremismus ein virulen-

tes Problem. Antidemokratische Radikalisierungstendenzen in sowohl islamistischen als auch rechtsextremen Strukturen haben zu einer Verlagerung der Ansätze in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung geführt, die die Radikalisierungsprävention zunehmend als größte Herausforderung begreift (ebd.).

Armut und prekäre Lebensverhältnisse, Segregation und Polarisierung können Radikalisierungsprozesse befördern.

Soziale und ökonomische Umstände im Quartier können Radikalisierungstendenzen der Bewohner*innenschaft beeinflussen. Gerade ein verstärktes Auftreten von Armut und Prekarität, sozioökonomischer Segregation, demografischer Polarisierung und einer unzureichenden Infrastruktur in den Wohngebieten können Radikalisierungsprozesse anstoßen und steigern, die durch übergeordnete politische Kontextfaktoren wie (wahrgenommenem) institutionellen Versagen und eine (wahrgenommene) fehlende Rechtsstaatlichkeit begünstigt werden. Dies kann einen Nährboden für Radikalisierungen jeglicher Art bieten, insbesondere im Bereich politischer Agitation rechtsextremer Parteien und Rekrutierungsbemühungen islamistischer Gruppierungen (Zeiger & Aly 2015; Stapf & Siegert 9ff.).

Migration hat Quartiere stets geprägt und verändert. Rassistische Ressentiments und eine Spaltung der Bevölkerung in Bezug auf

⁵ Zum grundsätzlichen Zusammenhang von Migration, Geschlechtergerechtigkeit und Care-Arbeit s. Apitzsch & Schmidbauer 2011.

Migrationsfragen betreffen die Gesamtgesellschaft und sind somit Phänomene, die in Quartieren aller Art anzutreffen sind. In Quartieren, die von Armut und sozioökonomischer Segregation betroffen sind, kann Migration verstärkt zu Konflikten führen. Dabei wird Neuzuwanderung⁶ häufig als Bedrohung und Konfliktursache wahrgenommen (Stapf & Siegert 2019: 34); ein Umstand, der sich auch aus medialen Diskursen um Flucht und Migration speist. Die Quelle des Bedrohungsgefühls ist dabei schwer auszumachen (a. a. O.: 9). In vielen Vierteln ist die Desintegration innerhalb der Quartiere oft schon stark ausgeprägt, sodass die Bewohner*innen nicht den Raum haben, sich mit Zugezogenen auseinanderzusetzen (Marc & Palloks: 11). Basierend auf der Kontakthypothese, wonach zwischenmenschlicher Kontakt von Mitgliedern unterschiedlicher Gruppen i. d. R. zum Abbau von Vorurteilen, Ängsten und Feindseligkeiten zwischen diesen Gruppen führt (Allport 1954), können politische Bildungsangebote hier Begegnungsräume schaffen, in denen Ressentiments in der gemeinsamen Arbeit an einem bestimmten Projekt abgebaut werden können.

2.4. Potenziale politischer Bildung, um Konflikten und Radikalisierungstendenzen in Quartieren entgegenzuwirken

Die beschriebenen Entwicklungen stellen politische Bildungsangebote vor die Aufgabe, Radikalisierungstendenzen und Faktoren, die diese begünstigen, zu bekämpfen. Diese Aufgabe äußert sich in einer veränderten Schwerpunktsetzung der Jugend- und Erwachsenenbildung insbesondere gegen Rechtsextremismus: So haben rassismuskritische, demokratiepädagogische und *Diversity*-Ansätze die bisherige Menschenrechtsbildung ergänzt. Auch historisch-politische Bildungsangebote der *Holocaust Education* und Gedenkstättenpädagogik gewinnen an Bedeutung (Bremer 2020: 14f.).

Der demografische Wandel und gesellschaftliche Polarisierung betreffen nicht nur verstärkt von Armut und Prekarität geprägte Wohnquartiere, sondern sind gesamtgesellschaftliche Entwicklungen. Jedoch berühren diese Phänomene im Besonderen belastete Quartiere, die dadurch einen wichtigen Untersuchungsraum für allgemeine Entwicklungen wie Zuwanderung und strukturelle Segregation in Quartieren bieten (Stapf & Siegert 2019: 6). Zudem bedeutet die Erfahrung gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen im Quartier eine Bedeutungszunahme des direkten Wohnumfelds (Becker & Schnur 2020: 4). Quartiere sind somit adäquater Bezugsrahmen für die Untersuchung von Potenzialen politischer Bildung in Bezug auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen.

6 Der Begriff »Neuzuwanderung« wird in diesem Text als möglichst wertneutraler Oberbegriff für alle Formen jüngerer Migrationsbewegungen in ein Zielland verwendet. In diesem Kontext heißt das vor allem, dass in den jeweiligen Quartieren Neuzugewanderte als neue Bevölkerungsgruppe im Quartier wahrgenommen werden. Hierunter fallen weder bereits dauerhaft im Quartier lebende Eingewanderte (Menschen mit eigener Einwanderungsgeschichte), noch Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Dabei ist Neuzuwanderung nicht einfach zeitlich einzugrenzen. In den betrachteten Quartieren von Stapf & Siegert (2019) machte die Fluchtmigration seit 2015 ein maßgeblicher Teil der (wahrgenommenen) Neuzuwanderung aus, wobei andere Migrationsbewegungen rein statistisch ebenfalls eine Rolle spielen.

Die Minor-Studien »Quartiere unter Druck? Radikalisierungstendenzen und Potentiale politischer Bildung in belasteten Großstadtquartieren« (Stapf & Siegert 2019) und »Herausforderung: Zusammenleben im Quartier« (von Oswald et al. 2019) befassten sich primär mit der Identifizierung von Konflikten in Quartieren. Es wurden besonders von struktureller Segregation geprägte Großstadtquartiere untersucht, in denen sich die Verschlechterung der sozioökonomischen Verhältnisse laut verschiedener Akteur*innen auf das nachbarschaftliche Zusammenleben auswirkte. Als zunehmende Konfliktfelder wurden insbesondere Vandalismus, Verwahrlosung, Sachbeschädigung, Körperverletzung sowie das Anwachsen von ethnisch und religiös motivierten Konflikten beschrieben. Die Ursachen für die Konflikte wurden dabei nicht nur in der sozialen Segregation gesehen, sondern auch in Zuwanderung und einem fehlenden Sicherheitsgefühl (von Oswald et al. 2019: 46). Die Konfliktlinien verlaufen dabei insbesondere zwischen Jugendlichen und/oder Familien mit Kindern und älteren Menschen sowie zwischen Alteingesessenen und Neuzugewanderten (a. a. O.: 12). Dies zeigt, dass Angebote zur Stärkung der nachbarschaftlichen Gemeinschaft besonders die Vernetzung zwischen diesen jeweiligen Gruppen berücksichtigen müssen.

Initiativen zur Stärkung der nachbarschaftlichen Begegnung und Partizipation sind dringende Maßnahmen zur Lösung von Quartierskonflikten.

Beide Studien verweisen im Ergebnis auf die Möglichkeit und sogar Notwendigkeit politischer Bildung in Quartieren zur Bearbeitung von Auseinandersetzungen und extremisti-

schen Tendenzen in Quartieren. Wohnungsunternehmen betrachten Initiativen zur Stärkung der nachbarschaftlichen Begegnung und Partizipation als die dringendsten Maßnahmen zur Lösung von Quartierskonflikten (von Oswald et al. 2019: 64). Von Oswald et al. zeigen, dass die Bewohner*innen selbst an Konfliktlösungsstrategien interessiert sind. Stapf & Siegert (2019: 36) schlussfolgern:

»Angesichts der in den Quartieren vorgefundenen Konfliktsituationen scheint es naheliegend, dass politische Bildungsangebote im Rahmen von breiter angelegten Quartiersentwicklungsstrategien durchaus einen sinnvollen Beitrag für den konstruktiven Umgang mit bestehenden Konflikten liefern können.«

Zur Entwicklung neuer politischer Bildungsangebote in Quartieren führen Stapf & Siegert drei Punkte an, die Ziele und Durchführung der Angebote betreffen. Zunächst regen sie an, Ideen zu entwickeln, die zielgruppenorientiert, aufsuchend und milieusensibel sind: »Angesichts des Rückgangs bzw. des nicht Vorhandenseins von öffentlichen Räumen in den Quartieren als vielfältige Begegnungsorte und Diskursplattformen besteht die wichtigste Aufgabe und Herausforderung in der Erreichung verschiedener Zielgruppen für Angebote der politischen Bildung. Hierfür bedarf es der Entwicklung und Erprobung neuer, aufsuchender Ansätze, die den Anforderungen verschiedener sozialer Milieus entsprechen« (Stapf & Siegert 2019: 36).

Nach Stapf & Siegert (a. a. O.: 33) ist der Austausch zwischen verschiedenen Gruppen von Bewohner*innen innerhalb der Quartiere es-

senziell, um rassistische Ressentiments und Distanzen abzubauen. Ziel der zu entwickelnden neuen Ansätze muss sein, »die Kompetenzstärkung und -entwicklung unter Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren zu unterstützen, Konflikte eigenständig aushandeln zu können und dabei allen beteiligten Gruppen die Teilnahme am gemeinsamen Dialog und Aushandlungsprozess anzubieten« (a.a.O.: 36). Dies schließt an die Kontakthypothese (Allport 1954) an, nach der zwischenmenschlicher Kontakt besonders zwischen Angehörigen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen – dies lässt sich im Hinblick auf Alter, kulturellem, sozialem oder religiösem Hintergrund verstehen – förderlich für den Abbau von Vorurteilen und Abneigungen sein kann. Dabei ist besonders die Verfolgung eines gemeinsamen Ziels wie die gemeinsame Projektentwicklung zur Förderung der Nachbarschaft hilfreich (ebd.). Damit bildet Vernetzungsarbeit besonders mit dem Ziel des Aufbaus eines Nachbarschaftsnetzwerks einen zweiten essenziellen Bestandteil der aufsuchenden politischen Bildung in Quartieren.

Drittens nehmen Stapf & Siebert (2019: 36) die Stärkung der Selbstwirksamkeit der Quartiersbewohner*innen in den Blick:

»Damit verbunden lässt sich die Aufgabe formulieren, die Bürgerinnen und Bürger stärker zu befähigen, ihre Interessen, Rechte und Verantwortung als Bewohnerinnen und Bewohner der Quartiere zu kennen und sich für diese einzusetzen. Dies gilt für Alt-ingesessene und Neuzugewanderte gleichermaßen.«

Ziel der Angebote muss somit sein, die Lernenden in ihrer Handlungsfähigkeit zu bestärken und sie dabei zu unterstützen, Wege zu finden, sich für ihre eigenen Bedarfe und Belange einzusetzen. Als konkrete Maßnahmen nennen die Autoren den Ausbau lokaler Begegnungsräume wie Nachbarschaftszentren sowie schulischer und außerschulischer Bildungseinrichtungen, eine Stärkung und (intensivere) Begleitung des Ehrenamts und den Einsatz von Integrationslots*innen, die zwischen Alt- und Neumietenden vermitteln (a.a.O.: 78f.).

3. Das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung im Quartier

Nachdem die Potenziale politischer Bildungsangebote zur Entgegenwirkung politischer Ungleichheit in Wohnquartieren dargelegt wurden, wird im folgenden Kapitel einen Einblick in das Konzept der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit und ihre grundlegenden Ziele, Inhalte, Methoden und Formate gegeben. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die Akteur*innen der Bildungsprozesse gerichtet, deren Rollen und Interaktion in der aufsuchenden Arbeit eine besondere Aufmerksamkeit erfahren.

3.1. Aufsuchende politische Bildung: Ein Umriss

Zentrale Funktion der politischen Bildung, die interdisziplinäre Theorie und Methodik aus Didaktik, Bildungs- und Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaften, Geschichtswissenschaften und anderen Feldern vereint, ist die Zielgruppen für die Teilnahme am politischen gesellschaftlichen Leben vorzubereiten und ihnen die dafür notwendigen Voraussetzungen mitzugeben (Massing 2021). So sollen die Zielgruppen ermächtigt werden, im Sinne aktiver Bürgerschaft selbst Teil dieser Prozesse zu werden. Als solche ist die politische Bildung sowohl in ihren Wurzeln in der Weimarer Republik als auch in ihrer heutigen Umsetzung untrennbar mit Demokratiebildung und -förderung verknüpft, die alle Bürger*innen miteinschließt (ebd.). Phänomene wie Repräsentationslücken und politische »Entfremdung« (siehe Kapitel 2) stehen dieser umfassenden Partizipation entgegen.

Aufsuchende politische Bildung richtet sich direkt an Bevölkerungsgruppen, die von politischen Prozessen ausgeschlossen sind.

Hier setzt die aufsuchende politische Bildung an: In dem Verständnis, dass eine Demokratie nur unter Mitwirkung aller Bevölkerungsgruppen funktionieren kann, wendet sie sich im Spezifischen an die Gruppen, die aus den verschiedensten Gründen von politischen Prozessen ausgeschlossen werden. In seinem Appell anlässlich seines Besuchs der Demokratiewerkstatt Krefeld⁷ formuliert Frank-Walter Steinmeier nicht nur Ziel, sondern auch Hindernis der aufsuchenden politischen Bildung: Ihre Funktion ist die Förderung von bevölkerungsübergreifender gesellschaftlicher und politischer Teilhabe in einem demokratischen Grundverständnis unter Berücksichtigung der Tatsache, dass nicht alle Menschen gleichermaßen Zugang zur herkömmlichen politischen Bildung haben.

Anforderungen an politische Bildungsangebote basieren auf den Grundlagen des Beutelsbacher Konsens, der in den 1970er Jahren entwickelt wurde (Bundeszentrale für politische Bildung 2011). Dieser besteht aus drei Kernpunkten: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und Schüler*innenorientierung. Der erste Punkt beschreibt das Verbot

⁷ Die Demokratiewerkstatt Krefeld ist eine von acht Demokratiewerkstätten, die im Rahmen des Projekts »Demokratiewerkstätten im Quartier« der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen gegründet wurden (siehe Kapitel 4.4).

Politische Bildung muss sich auf den Weg machen, muss hingehen zu den Menschen, ganz gezielt auch zu denen, die bisher von solchen Angeboten nicht erreicht werden und nicht erreicht werden wollen, weil sie sich ›der Politik‹ fern, entfremdet oder abgehängt fühlen, weil sie sozial benachteiligt sind oder weil sie aus ihren Herkunftsländern politische Partizipation oder einen Ansprechpartner, der sich als überparteilich versteht, einfach nicht kennen. Diese Gruppen sind deshalb nicht gleich Verächter der Demokratie, aber sie fehlen der Demokratie. Demokratie braucht alle!«

Frank-Walter Steinmeier (2019)

der Indoktrination, das allen Angeboten der politischen Bildung zugrunde liegt. Der zweite Punkt regelt, dass das, was in Politik und Wissenschaft kontrovers debattiert wird, auch in Angeboten politischer Bildung kontrovers erscheinen muss. Der dritte Punkt – die Befähigung der Lernenden zur selbstständigen Analyse politischer Situationen – nimmt die Selbstwirksamkeit der Lernenden zum Ziel: Politische Bildungsangebote sollten Menschen die Kompetenz vermitteln, ihre eigenen politischen Bedürfnisse und Interessen zu erkennen und nach Möglichkeiten zu suchen, sich demnach selbst politisch zu beteiligen (Stapf & Siegert 2019: 11). Wie bereits gezeigt, können Faktoren wie sozioökonomische Segregation und Armut die Selbstwirksamkeit von Bewohner*innen von Quartieren negativ beeinflussen. Es gilt also, in der aufsuchenden Arbeit im Besonderen die Selbstwirksamkeit der Lernenden zu fördern.

Aufsuchende politische Bildungsarbeit nimmt besonders diejenigen Zielgruppen in den Blick, die von schulischen Bildungsangeboten nicht (mehr) erreicht werden, und ist somit eng mit der Erwachsenenbildung verknüpft. Der Erwachsenenbildung ist eine politische Komponente historisch inhärent, wobei ein besonderer Fokus auf der Teilhabe jener lag und liegt, die weniger Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen haben (Bremer 2020: 6). Als solche war sie immer eng verknüpft mit Organisationen, die auf eine Zusammenarbeit mit Arbeiter*innenstrukturen wie Gewerkschaften und Parteien angewiesen waren (Ciupke & Reichling 1994: 14).

Jedoch besteht heute die bereits beschriebene »doppelte Distanz« zwischen bildungsbenachteiligten Menschen und Bildungsins-

titutionen, die von einer Entfremdung sowohl auf der Seite der Zielgruppen als auch auf der Seite der Institutionen in Bezug auf Angebots- und Themenstrukturen, Formaten, Lehrenden und Lernorten geprägt ist (Bremer 2020: 11; Ludwig 2019: 2). Diese Tatsache zeigt sich besonders bei außerschulischen freiwilligen Bildungsformaten für Erwachsene. Zwar sind Bildungsangebote, die auch Erwachsene zur Zielgruppe haben, zahlreich, jedoch warten sie klassischerweise in einer »Komm-Struktur« darauf, dass ihre Zielgruppen zu den Angeboten kommen und nicht andersherum (Ludwig 2019: 3, 10).

Um aufsuchende politischen Bildung attraktiv zu gestalten, müssen die Angebote stark auf die Teilnehmer*innen zugeschnitten werden.

Um attraktiv zu sein, müssen freiwillige politische Bildungsangebote sich stark an den Interessen der potenziellen Teilnehmenden orientieren. Eine zentrale Bedeutung kommt in der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit einem erweiterten Verständnis des »Politischen« zu, nach dem alle Interessen und Ziele, die die Mitgestaltung an der Gesellschaft über die eigene Lebenswelt hinaus betreffen, Teil politischer Prozesse sind. Die Annäherung an politische Partizipationsprozesse geschieht durch das Anknüpfen an die direkte Lebenswelt der Zielgruppen und die Orientierung der Bildungskonzepte an bereits bestehenden lokalen Netzwerken und Institutionen, in denen sich diese bewegen (Ludwig 2019: 11). Die Förderung sozialer Netzwerke mit dem Ziel der Selbstermächtigung und Befähigung zu politischem Bewusstsein und Teilhabe der Zielgruppen steht dabei im Fokus:

»Aufsuchende politische Bildung ist bestrebt, sozial-kulturelle wie physisch-räumliche Distanzen zu potenziellen Teilnehmenden durch aktives Zugehen zu überwinden, wobei ein starker Fokus auf die Entwicklung und Pflege tragfähiger Beziehung gelegt wird.«

(Ludwig 2019: 2)

Ein weiterer Punkt betrifft die Aufgabe der Vermittlung politischer und gesellschaftlicher Inhalte im weiten Sinne: *»Politische Bildung kann gesellschaftliche Fragestellungen und Problemlagen vor Ort in den Stadtteilen in individuell und kollektive Lernanlässe übersetzen helfen, um selbstwirksame Prozesse unter Inklusion (Willkommenskulturen) und Partizipation (Beteiligungskulturen) zu initiieren und zu begleiten«* (Meyer & Büchter 2019: 73f.). So versteht sich aufsuchende politische Bildungsarbeit auch als Anstoß und Übersetzungshilfe, die bspw. Quartiersbewohner*innen dabei hilft, politische Partizipation zu verstehen und zu organisieren.

Aufsuchende politische Arbeit wechselt die Herangehensweise von der klassischen »Komm-Struktur« zur »Geh-Struktur«.

Aufsuchende politische Bildung kann als interdisziplinäres Feld verstanden werden, das Ansätze aus der Sozialen Arbeit, Pädagogik, Politikwissenschaften und Geschichtswissenschaften leiht. Dies zeigt sich im Quartier, einem Raum, in dem oft bereits verschiedene Akteure tätig sind. Der Ansatz, sich den Zielgruppen durch aufsuchende Arbeit zu nähern und dabei von der klassischen »Komm-

Struktur« zur »Geh-Struktur« zu wechseln, kommt klassischerweise aus der Sozialen Arbeit (Ludwig 2019: 10). In der Sozialen Arbeit sind Begriffe wie Pädagogik, Bildung und vielmehr noch Erziehung jedoch Konnotationen wie Belehrung und Zwang verknüpft werden (Brunner 2020: 253f.). Nichtsdestotrotz beinhaltet insbesondere die Jugendsozialarbeit bereits diverse Bildungsformate, die ein hohes Potenzial für explizitere politische Bildungsangebote innehaben (ebd.). Auch zur mobilen Bildungsarbeit weist aufsuchende politische Bildungsarbeit Parallelen auf, unterscheidet sich jedoch von dieser insofern, als dass letztere auf Anfrage organisiert wird und somit eine Grundkenntnis der Angebote auf Seiten der Adressat*innen voraussetzt, während die aufsuchende politische Bildungsarbeit in ihrer Initiation ungefragt geschieht (Ludwig 2019: 17).

3.2. Auftrag und Ziele

Stapf & Siegert (2019) formulierten Ziele von politischen Bildungsformaten in Quartieren unter Erprobung aufsuchender neuer Ansätze, die an die Zielgruppen angepasst sind (Stapf & Siegert 2019: 36f.). Zentral ist demnach die Förderung der Selbstwirksamkeit der Zielgruppen, welche eng verwoben mit nachbarschaftlicher Begegnungs- und Vernetzungsarbeit ist.

Helmut Bremer formuliert die Hauptaufgabe der aufsuchenden politischen Bildung in der »Bearbeitung der »Entfremdung« zwischen Politik und bildungsbenachteiligten Menschen (Bremer 2020: 10). Ziel ist dabei die Etablierung nachhaltiger Bildungs- und Par-

tizipationsprozesse in den Quartieren (Fuchs & Hinrichs 2019: 8). Damit strebt aufsuchende politische Bildung die individuelle und zielgruppenorientierte Förderung der Meinungsbildung und Handlungsfähigkeit von Menschen an. Ihr Ziel ist jedoch die strukturelle Schaffung von Diskussions- und Bildungsräumen, die eine Partizipation aller Bevölkerungsgruppen ermöglichen und langfristige Angebote etablieren (Kessl 2015: 130; Ciupke & Reichling 1994: 20). So sollen nachhaltige Netzwerke gestaltet werden: »Politische Bildung als ›relativ kontinuierliche Geselligkeit unter Fremden‹ kann wie wenig andere Institutionen und Orte die Chance bieten, den kommunikativen, identitätsstiftenden Sinn von Argumentation zu erfahren [...]« (E. Schlutz, zit. in Ciupke & Reichling 1994: 21).

Es gibt immer mehr Alleinstehende und Alleinerziehende. Diese demografische Singularisierung macht ein stärkeres solidarisches Miteinander in der Nachbarschaft zur Notwendigkeit.

Vernetzungsarbeit ist eine zentrale Säule der Quartiersarbeit. Dazu gehört die Formierung nachhaltiger Allianzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf Basis gemeinsamer Interessen sowie die Dialogförderung besonders im Hinblick auf die Stärkung zur eigenständigen Aushandlung von Konflikten unter Einbindung aller Beteiligten (Stapf & Siegert 2019: 36f.). Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die fortschreitende Singularisierung urbaner Räume durch den demografischen Wandel sowie die generelle Zunahme an alleinerziehenden Menschen (v.a. alleinerziehender Mütter, vgl. Statistisches Bundesamt 2020) und Einzelperso-

nenhaushalten die Notwendigkeit eines solidarischen Miteinanders in der Nachbarschaft auf den Plan ruft (Becker & Schnur 2020: 4). Auch durch lokale Auswirkungen von Globalisierungsprozessen wie Migration und Digitalisierung gewinnen (digitale) soziale Netzwerke in der unmittelbaren Umgebung an Bedeutung (ebd.).

Das nachbarschaftliche Miteinander spielt eine ausschlaggebende Rolle für die Zufriedenheit von Menschen in ihrem Wohnumfeld (Bundesregierung 2016). Dies gilt besonders für von sozialer Isolation betroffene ältere Menschen. Auftrag der Vernetzungsarbeit im Quartier ist die Stärkung eines verlässlichen nachbarschaftlichen Netzwerks und des Engagements, das Unterstützung in alltäglichen Lebenslagen bietet. Das Ziel der Förderung von Selbstwirksamkeit und nachbarschaftlichem Dialog bedeutet auch, auf die gesellschaftliche Teilhabe der Menschen in allen Lebensbereichen hinzuwirken und explizit das politische Engagement migrantischer Communities auf lokaler Ebene voranzubringen. Es braucht Demokratieförderung sowohl um die Repräsentation aller Bevölkerungsgruppen zu gewährleisten als auch, um Prozessen der Radikalisierung entgegenzuwirken und extremistische Strukturen abzubauen: Im Hinblick auf die Herausforderung der Neuzuwanderung in Quartieren in Kombination mit Radikalisierungstendenzen ist zudem Ziel der Vernetzungsarbeit, Begegnungen zwischen bisher segregierten Bevölkerungsgruppen zu schaffen sowie rassistische und antisemitische Ressentiments durch interkulturellen Dialog abzubauen.

3.3. Inhalte

Aufsuchende politische Bildungsarbeit nimmt diverse Themenfelder in den Blick. Dabei stehen Inhalte zu Möglichkeiten politischer Partizipation und darüber hinaus im Vordergrund. Die Menschen sollen dabei Potenziale ihrer individuellen politischen Teilhabe und die Stärkung der Demokratie als erstrebenswert erkennen sowie ihre eigene positive Identifikation mit dem Quartier stärken, um es aktiv mitgestalten zu wollen (Fuchs & Hinrichs 2019: 5, 9).

Um mit vorherrschenden Vorstellungen des »Politisch-Seins« und »Politisch-Werdens« zu brechen, müssen diese Kategorien grundlegend hinterfragt und neue Definitionen politischer Partizipation entwickelt werden, die auch augenscheinlich »verstecktes« Engagement einbeziehen und sich an den Lebensrealitäten der Adressat*innen anpassen. Die Definition politischer Partizipation wird somit als über die Beteiligung an etablierten politischen Entscheidungsgremien hinaus verstanden. Ziel ist vielmehr ein »von politischen Entscheidungszwängen im engeren Sinne befreiter Diskurs über die gemeinsame Gestaltung der Zukunft und die Erinnerung der Vergangenheit« (Ciupke & Reichling 1994: 14). Politisches Engagement äußert sich zunächst im Dialog:

»In Veranstaltungen der politischen Erwachsenenbildung können sich solche Bürgerinnen und Bürger versammeln, die die totale Delegation des Politischen an die Politiker aufheben oder relativieren wollen; sie können sich sachkundig machen

unter Einbeziehung von Expertenwissen und lebensweltlichen Kompetenzen; sie können sich begründete Meinungen bilden und – so sie eine aktive Rolle wünschen – Strategien der Einflußnahme erörtern und planen.»
(Ciupke & Reichling 1994: 17)

Bewohner*innen sind Expert*innen für ihr Quartier und wissen mehr über das nachbarschaftliche Zusammenleben als Außenstehende.

Um die Annäherung zu den Lebenswelten der Bewohner*innen zu gewährleisten, sollten diese die Lerninhalte selbst bestimmen. Sie sind Expert*innen für ihr Quartier und wissen mehr über die Probleme, die die Nachbarschaft befassen, als Außenstehende. Zudem ist das Ziel des Bildungsangebots die Förderung der Selbstwirksamkeit der Lernenden, welche durch eine partizipative Zielsetzung des Bildungsangebots bereits erfahren werden kann (Fuchs & Hinrichs 2019: 9f.). Als Räume mit heterogener Bevölkerungszusammensetzung sind Quartiere Orte der unmittelbar gelebten Demokratie; dies sollte sich in der inhaltlichen Zielsetzung widerspiegeln. Bei der Auswahl der Themen sollten zudem Konfliktpotenziale berücksichtigt werden, die auf soziale Segregation zurückzuführen sind. So sollte insbesondere die Stärkung der Vernetzung zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen, alten und jungen Menschen in den Blick genommen werden (von Oswald et al. 2019: 12).

Mögliche Themen sind

- ▶ Stadt- und Quartiersentwicklung (z. B. Verkehrsanbindung, Freizeitangebote und Naherholung, Gestaltung öffentlicher Räume),
- ▶ Politische Strukturen (Wahlen, Stadtpolitik, Mieter*innenvertretungen, Quartiersräte),
- ▶ Baukultur und Urbanismus (Architekturgeschichte),
- ▶ Umwelt (Klimapolitik, Nachhaltigkeit),
- ▶ Geschichte (des Stadtteils, Deutschlands und globale Geschichte),
- ▶ Freizeitgestaltung (Sport, Kultur, Veranstaltungen, Feste),
- ▶ Soziale und kulturelle Initiativen und Angebote im Stadtteil (Nachbarschaftshilfen, Ehrenamt/Freiwilligenarbeit),
- ▶ Miete und Wohnen (z. B. Mietenpolitik),
- ▶ Bauprojekte (Abriss und Neubau, Einkaufsmöglichkeiten),
- ▶ Strukturen sozialer Ungleichheit (Migration, Armut, Klassismus, Ableismus, Rassismus, Sexismus und Antisemitismus, Bildungsgerechtigkeit),
- ▶ Persönliche Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen.

Zur Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen in Quartieren bietet es sich an, die aktuelle Lage (radikalierter) politischer Überzeugungen im Quartier zu analysieren und verschiedene Zielgruppen der Bildungsprogramme zu identifizieren. Besonders im Hinblick auf Projekte, die rechtspopulistischen

und -extremen Überzeugungen entgegenwirken sollen, gilt es zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden. Die bereits gegen Rechtsextremismus Engagierten und thematisch am Engagement Interessierten gilt es, zum Engagement gegen rechts in organisatorischer, inhaltlicher und finanzieller Form zu unterstützen bzw. heranzuführen. Wohingegen bei Bewohner*innen mit Tendenz zu rechtsextremen Inhalten an einer Auseinandersetzung mit den Ursachen für Radikalisierungstendenzen (siehe dazu Kapitel 2.3.), gearbeitet werden muss. Dies ist auch auf anderweitige Radikalisierungsstrukturen (wie z. B. Islamismus) übertragbar. Besonders die Erwachsenenbildung richtet sich eher an erstere der beiden Gruppen (Bremer 2020: 15).

Bei der Vermittlung politischer Partizipationsmöglichkeiten ist es wichtig, klare Grenzen zu setzen, nach denen die Lernenden nachvollziehen können, dass das politische Bildungsformat kein Sprachrohr zu politischen Entscheidungsgremien bildet, sondern das Ziel innehat, die Lernenden selbst politisch tätig werden zu lassen (Fuchs & Hinrichs 2019: 20). Nicht zuletzt kann die historische Bildungsarbeit wichtige Impulse für die aufsuchende politische Bildungsarbeit geben, da sie seit jeher mit der Suche um Anknüpfungspunkte an die Lebenswelten ihrer Zielgruppen zur Vermittlung ihrer Inhalte befasst ist. Der Raum des Quartiers bietet hier großes Potenzial, in dem Lernende sich mit einem Lokalbezug mit historischen Themen, die die Geschichte ihres Quartiers beinhalten, auseinandersetzen können (Verstärker 2014).

Die aufsuchende politische Bildungsarbeit sollte schließlich in ihrer Konzeption auch der Tatsache Tribut zollen, dass der Blick von Bewohner*innen auf ihr Quartier selbst oft konträr zu dem Ruf des Viertels in der außenstehenden Öffentlichkeit ist; nicht das Quartier selbst, sondern seine gesellschaftliche und politische Vernachlässigung wird als das Problem identifiziert (Bukow 2016: 309–312). So steht oft ein positives Lebensgefühl der Bevölkerungen benachteiligter Quartiere der Stigmatisierung durch mediale Diskurse gegenüber. Dieser Asymmetrie muss mit einem konstruktiven Zugang zu partizipativen Prozessen im Quartier begegnet werden.

3.4. Zwischen Lernen und Vermittlung: Beteiligte der Bildungsarbeit

Bildungsarbeit im Quartier muss der Diversität ihrer Zielgruppen und der verschiedenen gelebten Realitäten gerecht werden und sich somit direkt an den Individuen orientieren (Ludwig 2019: 11). Aufsuchende politische Bildungsarbeit legt somit einen zentralen Fokus auf die Akteur*innen im Quartier, die das Zusammenleben im Quartier prägen. Neben Quartiersmanager*innen, Sozialarbeiter*innen und Stadtteilarbeiter*innen, die bereits wichtige Grundsteine des Zusammenlebens legen, spielen in der aufsuchenden politischen Bildung politische Bildner*innen (und die Reflexion ihrer Arbeit), die Lernenden (denen in der aufsuchenden Bildungsarbeit eine erweiterte Rolle als lenkende Funktion beikommen muss) und »Brückenmenschen« eine tragende Rolle.

Gerade wenn die Erwachsenenbildung die formulierte Aufgabe ernst nimmt, Ort der öffentlichen Verständigung zu sein und die (politische) Emanzipation benachteiligter Gruppen zu unterstützen, dann schließt das ein, diejenigen in den Blick zu nehmen, die sich ›politisch verlassen‹ fühlen. Dazu gehört die Reflexion, wie Akteure der politischen Bildung das gesellschaftliche Klima wahrnehmen und wie sie, von da kommend, die Rolle der Erwachsenenbildung im ›öffentlichen Feld‹ sehen.«

Bremer (2020: 19)

Basierend auf dem von dem brasilianischen Pädagogen Paulo Freire geprägten Konzept der *Educação Popular*⁸ sollte die aufsuchende politische Bildungsarbeit Bildung als einen Prozess begreifen, in dem Lernende und Lehrende gemeinsam Wissen erlangen (Bart-

8 Das in Lateinamerika verbreitete Konzept *Educação Popular* ist vergleichbar mit dem im US-amerikanischen Sprachraum verbreiteten Begriff *critical pedagogy* (Bartlett 2005: 344f.) bzw. dem deutschen Konzept ›Bildung von unten‹.

lett 2005: 345). Seiner Analyse des vorherrschenden Bildungssystems als »Bankiers-Methode«, in dem Wissen von Lehrenden verwaltet und »von oben« an Lernende weitergegeben wird, setzt Freire die Methode der »problemformulierenden Bildung« entgegen, in der Wissen nicht statisch ist, sondern zunächst durch einen Dialog zwischen den verschiedenen Akteur*innen produziert werden muss. Dafür spielen die Erfahrungen und direkte Lebensrealität der Lernenden eine essenzielle Rolle:

»In der problemformulierenden Bildung entwickeln Menschen die Kraft, ihre eigene Art mit und in der Welt zu existieren kritisch wahrzunehmen; sie sehen die Welt nicht als statische Realität, sondern als eine Realität im Prozess, in Umwandlung.«
(Freire 2005: 83; Übersetzung der Autorin)

Nach Freire sollte politische Bildung bestrebt sein, das Machtgefälle zwischen Lehrenden und Lernenden aufzulösen, und stattdessen die Aufgabe des Lehrenden als eine Direktive begreifen, in der die Autonomie der Lernenden respektiert und als Grundlage für Wissensproduktion erachtet wird (Bartlett 2005: 347f.). Krüger (2019: 23) formuliert diese angestrebte Dynamik zwischen Lehrenden und Lernenden wie folgt:

»Es geht darum, die Distanz zwischen Lehrenden und Lernenden aufzuheben, indem wechselseitige Bildungsprozesse initiiert werden. So werden Adressaten der politischen Bildung zu Koproduzenten ihrer eigenen Bildungsprozesse.«

Der erste Schritt hierfür ist, wie bereits dargestellt, die Definition von »Wissen« als einen rein wissenschaftlich produzierten Gegenstand zu erweitern (Ciupke & Reichling 1994: 14). Das Wissen als Vermittlungsgegenstand politischer Bildung kann somit nur durch das Zutun der Zielgruppen überhaupt erst entstehen.

In Quartieren gibt es fast immer Personen, Initiativen und Organisationen, die sich schon lange für die Entwicklung des Stadtteils einsetzen. Diese sind aktiv einzubinden.

Ebenso wie die Fähigkeiten und Kompetenzen der Zielgruppen ist bei der konkreten Konzeptualisierung der Projekte zu berücksichtigen, dass Quartiere im Hinblick auf Engagement niemals unbefleckte Orte sind; im Gegenteil: es gibt häufig Initiativen und Menschen, die seit Jahrzehnten im Stadtteil aktiv sind und sich gesellschaftlich engagieren. Diese sind in der Projektarbeit einzubinden (Fuchs & Hinrichs 2019: 23). Dafür ist zunächst eine Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten im Quartier unerlässlich. Bestehende Netzwerke von Initiativen und Vereinen, die in den Lebenswelten der Bewohner*innen verankert sind, sollten anerkannt und aktiv in die Planung einbezogen werden (Bremer 2020: 11). Auch Volkshochschulen und andere lokale Bildungseinrichtungen können gute Kooperationspartner*innen sein, da sie sich durch ein verhältnismäßig geringes Machtgefälle zu den Lernenden auszeichnen (Ciupke & Reichling 1994: 28).

3.4.1. Lehrende

Im Vergleich zu »klassischer« Bildungsarbeit ist aufsuchende politische Bildungsarbeit ergebnisoffener. Das bedeutet, dass politische Bildner*innen ein hohes Maß an Flexibilität mitbringen müssen, um ihr zuvor entworfenes Konzept an die Lernenden und ihre Erwartungen, Bedürfnisse und Interessen anzupassen. Lehrende sollten in der Lage sein, Fragen zu beantworten und Fachwissen zu vermitteln, selbstorganisierte Lern- und Partizipationsprozesse zu moderieren und Kompetenzen zu bündeln. So können z.B. Bewohner*innen des Quartiers zu Lehrenden ausgebildet werden (Fuchs & Hinrichs 2019: 21). Politische Bildner*innen sollten zudem Interesse an verschiedenen Lebenswelten sowie Kenntnis der Situation im Quartier mitbringen und diese anerkennen. Begeisterungsfähigkeit und Kommunikationsvermögen sind weiterhin notwendige Voraussetzungen (Verstärker 2014).

Lehrpersonen müssen kontinuierlich ihre eigene Rolle reflektieren.

Die eigene Rolle als Lehrperson zu hinterfragen, ist in der politischen Bildungsarbeit unerlässlich. Als Lehrende geraten politische Bildner*innen schnell in ein Spannungsfeld, in dem sie als politische Akteur*innen auftreten. Wenn sie als Externe von außen ins Quartier kommen, dort jedoch selbst nicht wohnen, können sie schnell als Vertreter*innen »der Politik« wahrgenommen werden. So geschieht ihre Lehre zunächst »von oben« (Ludwig 2019: 15f.). Teil der Reflexion ihres eigenen »pädagogischen Habitus« sollte nach Helmut Bremer die Entwicklung einer »Habitus-Sensibilität« sein, die die Heteroge-

nität der Zielgruppen und das unterschiedliche Ausmaß an politischem Bewusstsein sowie Möglichkeiten der Artikulation in politischen Situationen anerkennt (Bremer 2020: 12f.).

3.4.2. Lernende

Nachdem die politische Bildung in den 1960er Jahren einen wissenschaftlichen Professionalisierungsschub erlebt hatte, zollte die sogenannte Alltagswende den Teilnehmenden und Empfänger*innen von politischer Bildung, darunter besonders ihrer Lebenswelt und ihrer Expertise für ihre eigenen Bedürfnisse, mehr Anerkennung (Ciupke 2010: 315). Anlehnend an das bereits vorgestellte Konzept der *Educação Popular* sollten Zielgruppen der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit nicht als formbares Publikum, sondern als politische Subjekte begriffen werden, die mit ihrem Wissen, ihren Erfahrungen und Interessen ein essenzieller Teil des Lernprozesses und der Gestaltung seiner Inhalte sind (Ciupke & Reichling 1994: 13, 18). Freire formulierte sein Konzept mit einem Fokus auf schulische Bildung. Jedoch lässt es sich auch gut auf die Erwachsenenbildung anwenden, die in noch höherem Maße von einer Begegnung auf Augenhöhe geprägt sein muss (Bremer 2020: 15).

Bei der konkreten Planung von Bildungsangeboten sind etwaige Hürden, an den Angeboten teilzunehmen zu berücksichtigen. Zeit und Ort sollten auf die jeweiligen Zielgruppen abgestimmt werden.

Die freiwillige Teilnahme, die Erwachsenenbildung und alle Formate der aufsuchenden politischen Bildung auszeichnet, ist als Potenzial zu begreifen. An die direkte Lebenswelt der Zielgruppen anzuknüpfen bedeutet ebenso, ihre Lebensumstände bei der konkreten Planung der Formate zu berücksichtigen. So können Eltern die Veranstaltungen nur dann besuchen, wenn Kinderbetreuung gewährleistet ist; Menschen in Schichtarbeit oder anderen zeitintensiven Berufen benötigen zeitflexible Angebote (Eisel 2020: 56).

Emotionen sind in der politischen Bildungsarbeit ein kontroverses Thema: Sie werden oft als Gegenpol zu einer erstrebenswerten politischen »Rationalität« verstanden. Da aufsuchende politische Bildung sich jedoch in erster Linie mit ihren Adressat*innen befassen muss, sollte sie den Lernenden Raum geben, ihre Emotionen und Bedürfnisse frei zu äußern. So kann die Bildung genau an der wahrgenommenen und faktischen Exklusion und Entfremdung ansetzen. Das Machtverhältnis zwischen der Politik als »rational« und dem Menschen als zu »emotional«, um sich angemessen an der Politik zu beteiligen, muss unbedingt hinterfragt werden (Bremer 2020: 17f.).

3.4.3. Brückenmenschen

Der Förderung des Engagements innerhalb der Quartiere kommt in der Vernetzungsarbeit eine Schlüsselstellung zu. An die Prämisse ansetzend, dass politische Erwachsenenbildung nicht »von oben« kommen kann, ist besonders das hohe Potenzial von »Brückenmenschen« oder »Schlüsselpersonen« (Bremer 2020: 11) in den Blick zu nehmen. Sie

sind Menschen, die selbst im Quartier leben und dort sozial verankert sind. Sie sind bereits nachbarschaftlich auf die eine oder andere Weise engagiert und genießen Ansehen und Anerkennung unter den Bewohner*innen. Das Vertrauensverhältnis zwischen Brückenmenschen und Bewohner*innen des Quartiers ist eine notwendige Basis für die aufsuchende politische Bildung, in dessen Rahmen Brückenmenschen bei der Suche nach Teilnehmenden für die Angebote unterstützend wirken und selbst geschult werden können, Angebote bereitzustellen.

Für die Identifizierung und Gewinnung von Brückenmenschen für die politische Arbeit ist jedoch zunächst eine Kenntnis der lokalen Strukturen notwendig (Ludwig 2019: 12). Es bietet sich an, bei der Suche nach Brückenmenschen und auch im weiteren Verlauf des Projekts mit bereits im Viertel engagierten Menschen in Kontakt zu treten, da sie oft einen guten Überblick über Menschen und Strukturen haben.

Die Aufgabe der Brückenmenschen besteht besonders in der Unterstützung der Zielgruppenansprache für Veranstaltungen durch ihre Expertise in den Kenntnissen der Situation vor Ort. Aufgrund ihrer direkten Verortung im Quartier verfügen sie über ein Maß an Authentizität, das externe politische Bildner*innen nicht erreichen können (Hoeft et al. 2014: 241ff.). Brückenmenschen verfügen über die Kompetenz, »Übersetzungsarbeit« zu leisten – in kultureller wie linguistischer Hinsicht. Eine eigene (familiäre) Einwanderungsgeschichte kann dabei besonders für die interkulturelle Tätigkeit von Vorteil sein (ebd.). Dabei ist es nicht notwendig, dass Brückenmenschen selbst die Veranstaltungen und

Angebote durchführen (Ludwig 2019: 12). Für die Etablierung längerfristiger Angebote bietet es sich jedoch an, sie und andere Bewohner*innen im Hinblick auf die Vermittlung politischer Bildungsinhalte zu schulen. Auch wenn das Engagement im Viertel sich in einem kleinen politischen Rahmen abspielt, so sind Engagierte oft meinungsstiftend innerhalb des Viertels, da sie bekannt und anerkannt sind (Hoeft et al. 2014: 269f.); ihr größeres politisches Bewusstsein zu stärken, könnte somit sehr wirkungsvoll sein.

Hoeft et al. (2014) portraitierten und analysierten engagierte »Vielgestalter*innen« in Quartieren, die von struktureller Segregation geprägt sind. Eine wichtige Erkenntnis im Hinblick auf die Motivation von engagierten Menschen im Quartier ist nebst der Suche nach sozialen Kontakten die positive Identifikation mit dem Quartier selbst, dessen Aufwertung Vielgestalter*innen am Herzen liegt (a.a.O.: 256). Ein weiterer Punkt, der für das lokale Engagement unerlässlich ist, ist ein hoher Grad an Selbstwirksamkeitserfahrung (a.a.O.: 237).

Brückenpersonen und Brückenorganisationen, die über umfassende Kontakte im Stadtteil verfügen, sind sehr wichtig um Menschen an der Teilnahme an politischen Bildungsangeboten zu bewegen.

Es hat sich gezeigt, dass Engagierte sich besser hervortun können, wenn es eine gute Infrastrukturalternative in Form von Institutionen gibt, die in finanzieller, organisatorischer und rechtlicher Hinsicht beratend und unterstützend wirken (a.a.O.: 245f.; 263f.). Wenn Bewohner*innen eines Quartiers eher frus-

triert über öffentliche Institutionen sind, dann sind es die Brückenmenschen, die intensiv mit eben jenen Einrichtungen zusammenarbeiten und somit einen Kontakt herstellen (a.a.O.: 249). Dafür benötigen sie feste Ansprechpartner*innen, die als Mittler*innen zwischen offiziellen Stellen und engagierten Bewohner*innen agieren können. Dabei ist zu bedenken, dass die Menschen weiterhin inoffizielle Ansprechpartner*innen sein werden, auch wenn die Förderung bereits beendet ist. Dies bedeutet, dass sie nicht in einem Maße verantwortlich gemacht werden sollten, welches ihr unbezahltes Engagement über die Projektlaufzeit hinaus erfordert (a. a. O.: 262, 267).

Ein niedrighschwelliger Einstieg ist besonders in von sozioökonomischer Segregation und Armut geprägten Stadtvierteln unerlässlich (a. a. O.: 262f.). Als wichtigste Voraussetzungen in der Zusammenarbeit mit engagierten Bewohner*innen und potenziellen Brückenmenschen beschreiben Hoeft et al. Verlässlichkeit, Anerkennung und Berücksichtigung bestehender Strukturen: Gerade weil im Quartier eingebundene Menschen ihre Arbeit meist ehrenamtlich leisten, sollten sie für ihr Engagement Anerkennung erhalten. Dies kann in Form von rituellen Zeremonien wie z. B. Urkundenverleihungen sowie (finanzieller) Entlohnung ihrer Arbeit geschehen, am wichtigsten ist jedoch, sie im Verlauf des Projekts und darüber hinaus ob ihrer Expertise zu konsultieren und in soziale, kulturelle und städtebauliche Veränderungen und Entwicklungen aktiv einzubinden (a.a.O.: 263–266).

Nicht nur Einzelpersonen können als Brücken agieren, sondern auch bereits im Quartier

etablierte Strukturen von Sozialer Arbeit. Auch künstlerische und kulturelle Projekte und Initiativen können einen Einsatz finden, da sie näher an der direkten Lebenswelt der Menschen ansetzen und von den Teilnehmenden automatisch Kreativität und Bereitschaft zur Mitgestaltung erfordern. Soziale Arbeit und politische Bildungsprojekte sollten dabei in gegenseitiger Ergänzung und Interaktion vollzogen werden und einander keinesfalls ersetzen (Hoeft et al. 2014: 264).

3.5. Lernformate

*»Der vereinfachten Formel folgend, dass Politik gerade für Menschen aus benachteiligten Milieus häufig weniger ›Heimspiel‹ und mehr ›Auswärtsspiel‹ ist, wird das Herstellen von Alltags- und Lebensweltnähe hier gewissermaßen radikalisiert.«
(Helmut Bremer 2020: 10)*

Die von Helmut Bremer beschriebene Radikalisierung von Alltags- und Lebensweltnähe bedeutet, die Lebensrealitäten der Zielgruppen zum Ausgangspunkt der Bildungsformate zu machen: Alle Formate der aufsuchenden politischen Bildung sollten niedrighschwellig, flexibel und interdisziplinär sein. Hier gilt es, an informellere Strukturen der Partizipation, der »Alltagsbildung« anzuknüpfen (Bremer 2020: 12; Mack 2020: 218). In niedrighschwelligeren Formaten wie Festen, Begegnungsveranstaltungen, die Phänomenen wie Einsamkeit und Isolation entgegenwirken und das Miteinander stärken, können die Menschen sich kennenlernen und selbst in die Organisation einbringen. Eine Einführung von regelmäßig stattfindenden Programmen, z. B. Gesprächs-

runden, Elterncafés und Beratungsangeboten, bietet Stabilität und eine gute Vorlage für die Etablierung von über das Projekt hinausgehenden nachhaltigen Strukturen (Atli et al. 2019: 46).

In einem Zusammenspiel aus niedrighschwelligen Unterhaltungs- und Austauschveranstaltungen mit klassischen politischen Bildungsformaten wie narrativen (biografischen) Workshops, historisch-politischen, Extremismuspräventiven und rassistuskritischen Workshops, die mit Besuchen in institutionellen Bildungseinrichtungen kombiniert werden können, sowie sozialarbeiterischen Ansätzen und Initiativen der konkreten politischen Organisation wie der Gründung von Nachbarschaftsgremien, die für die Interessen und Bedarfe der heterogenen Bewohner*innenschaft eintreten sollen, werden verschiedene Bildungsformate in einem interdisziplinären Ansatz erprobt. So sollen die Formate nicht nur ihren diversen Zielsetzungen gerecht werden, sondern auch die Individualität der Adressat*innen anerkennen, deren Bereitschaft zur Partizipation in Ausmaß und Form variiert.

Es ist wichtig, eine möglichst große Freiheit bei der Entwicklung von Partizipationsformen zu ermöglichen.

Auch künstlerische Aktionsformen wie Flashmobs und Urban Gardening können Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammenbringen. Gemeinsame Kunstprojekte im öffentlichen Raum, Ausstellungen oder Fotoprojekte zu Lieblingsorten (Teichmann & Kluge 2017) sowie Projekte an der Schnittstelle zwischen künstlerischer und (unkonventioneller) politischer Partizipation wie

Graffiti-Aktionen können als Impulsgeber für eigens initiierte Partizipationsprozesse fungieren. Die Aufnahme unkonventioneller Formen von Mitgestaltung in die politische Bildung birgt jedoch die Gefahr, diese zu »verschulen«, wodurch der Reiz an diesen Formaten für die Zielgruppen verringert werden kann (Bremer & Trumann 2016: 91): So kann Graffiti-Kunst, deren Sinn eine Aneignung öffentlicher Räume ist, uninteressant werden, sobald sie auf einen bestimmten legalen Raum beschränkt wird. Es ist daher wichtig, eine möglichst große Freiheit bei der Entwicklung dieser Partizipationsformen zu ermöglichen.

Nach Allport (1954) ist der Abbau gegenseitiger Vorurteile zwischen segregierten Gruppen besonders dann erfolgreich, wenn die Begegnung auf Basis der Verfolgung eines gemeinsamen Ziels geschieht. Die Entwicklung gemeinsamer interessenbasierter Projektideen geschieht auf Basis der Bereitschaft von Bewohner*innen, sich mit einem bestimmten Thema auseinanderzusetzen. Dies wird in ergebnisoffenen dialogischen Prozessen mit konkreten Aufgabenverteilungen durchgeführt. Wenn eine Projektidee da ist, ist die Suche nach Mitstreiter*innen der nächste Schritt; die weiteren Ziele sollten klar formuliert, realistisch und zeitlich festgelegt sein. Das Feiern von Erfolgen ist ebenso wichtig wie klare Kommunikationswege und Zuständigkeiten (Meyer & Büchler 2019: 5, 33ff.).

Die eingangs formulierte Radikalisierung der Lebensweltnähe geschieht durch die Organisation von nachbarschaftlicher Vernetzung und Begegnung und den hohen Grad an Einbeziehung der Lernenden sowohl in die Ideenfindung als auch die Umsetzung der

Projektideen, um Anknüpfungspunkte zu schaffen, die nachhaltige Strukturen mit sich bringen.

3.6. Digitale Medien als Lernorte

Nicht nur in Zeiten der Covid-19-Pandemie, in denen *Social Distancing* die Möglichkeiten des Austauschs weitgehend auf digitale Angebote beschränkt, nimmt die weitverbreitete Nutzung digitaler Räume an Bedeutung zu und bringt tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen mit sich. Im Rahmen der »Mediatisierung der Gesellschaft« treten insbesondere soziale Medien als Orte der politischen Aktion und Identitätsbildung und somit als zusätzliches Handlungsfeld politischer Partizipationsprozesse in den Blick. So bietet der Einsatz digitaler Medien besonders für die aufsuchende politische Bildungsarbeit ein großes Potenzial, muss jedoch unter Berücksichtigung virtueller Logiken entwickelt werden (Neuburg et al. 2020: 168f.).

Mayrhofer & Neuburg (2019: 34) stellen ein Schema der medialen Jugendarbeit vor. Das erste Feld, die *medienbezogene* Jugendarbeit, beinhaltet sowohl medienpädagogische als auch kreativ-transformative Bildungsprozesse. Darunter sind Formate zu verstehen, die die (digitalen) Medien selbst zum Inhalt machen und die Lernenden zur medienkritischen Reflexion befähigen. Das zweite Feld, die *medienvermittelte* Jugendarbeit, ist die Nutzung digitaler Medien zur Kommunikation mit den Zielgruppen und schließt Information und Dissemination (z. B. Öffentlichkeitsarbeit und Werbung) sowie Online-Aktionen und Intervention mit ein (Neuburg et al. 2020: 173ff.).

Zur Stärkung von Begegnungsräumen in Quartieren kommen Nachbarschaftsplattformen wie Stadtteilblogs, lokale Diskussionsgruppen in den sozialen Medien und die Nutzung von bundesweiten und internationalen Apps⁹ in Frage. Besonders Plattformen, die die Vernetzung von Nachbar*innen stärken sollen, wurden in den letzten Jahren durch Bund und Kommunen gefördert (Becker & Schnur 2020: 2). Da sie primär darauf ausgelegt sind, praktische Unterstützung in kleinem Rahmen zu bieten, können sie eine vermittelnde Funktion zwischen Alt- und Neueingesessenen einnehmen und somit beim Ankommen unterstützend wirken (a. a. O.: 9).¹⁰ Auch im Hinblick auf aktivistische Intervention haben digitale Medien ein großes Potenzial, da sie »lächerlich einfach Gruppenbildung« (*ridiculously easy group-forming*) ermöglichen – sie bieten niedrigschwellige Möglichkeiten zur Kommunikation und Organisation, ohne dass zunächst institutionelle Strukturen aufgebaut werden müssen (Shirky 2008: 53f.). Auch der Einstieg in bereits bestehende Strukturen des Engagements gestaltet sich im digitalen Raum weitaus einfacher (Becker & Schnur 2020: 8).

Auch Online-Welten wie Social-Media- und Messenger-Plattformen können wichtige Räume sein, um bestimmte Zielgruppen zu erreichen.

9 Z. B. Plattformen wie *nebenan*, *nextdoor*, *allenachbarn*, oder *fragnebenan* (Becker & Schnur 2020: 2).

10 Hier ist jedoch anzumerken, dass Menschen mit Migrationsgeschichte auf den von Becker & Schnur untersuchten Nachbarschaftsplattformen unterrepräsentiert sind, weshalb sich soziale Medien für die Kommunikation zwischen Alteingesessenen und Neuankommenden besser eignen (Becker & Schnur 2020: 8).

Analog zur Aneignung öffentlicher Räume im Quartier können auch Online-Welten als Räume der Partizipation angeeignet werden: Dafür sind insbesondere Social-Media- und Messenger-Plattformen prädestiniert, da diese auf Partizipation angelegt sind und von einem Großteil der Menschen bereits genutzt werden. Zudem findet rechtsextreme und islamistische Rekrutierung und Radikalisierung mittlerweile in einem hohen Maß in Online-Räumen wie sozialen Medien und Gaming-Plattformen statt (Neuburg et al. 2020: 170-173). Dies macht die Präsenz empowernder und extremismuspräventiver Inhalte und Projekte in den sozialen Medien notwendig, jedoch ist die Ansprache der Zielgruppen und die Gestaltung der konkreten Inhalte keine leichte Aufgabe. Die Kontaktaufnahme in sozialen Medien ist sowohl passiv, d. h. eher beobachtend und in der Regel über eine andere Person oder Gruppe; als auch aktiv möglich, d. h. selbst initiiert und offensiv.

Im Hinblick auf die Formate wird zwischen non-content-based und content-based Formaten unterschieden, wobei erstere mit bereits existierenden Gruppen und Kommentarspalten in den sozialen Medien arbeiten und letztere selbst Inhalte produzieren (a. a. O.: 173ff.). Die digitalen aufsuchenden Projekte der Jugendbildungsarbeit Streetwork@online, Jamal al-Khatib (Mein Weg) und NISA sind beispielsweise der Extremismusprävention gewidmet. Während Streetwork@online dabei non-content-based aufsuchende Arbeit in den sozialen Medien verfolgt (Streetwork Online 2020), produzieren Jamal al-Khatib und NISA selbst Videos und andere webbasierte Inhalte auf Basis narrativer Biografiearbeit mit Jugendlichen zum Thema islamistischer Extremismus und Islamischer Staat im Sinne

der content-based digitalen Bildung (Bundeszentrale für politische Bildung 2020). Bei der Nutzung von Social-Media- und Messenger-Plattformen im Rahmen von Bildungsprojekten ist zu beachten, dass teilweise komplizierte bzw. schwer handhabbare Datenschutzrichtlinien existieren, was ein zusätzliches Hindernis zur Nutzung dieser Medien im Bildungsbereich darstellt (vgl. Ballaschk & Stapf 2020: 5).

Online-Räume existieren nicht separat von Offline-Welten, sondern in ihrer Verschränkung mit diesen. Auch Quartiere sollten als »analog-digitale Räume« begriffen werden, in denen die zunächst als klar erscheinenden Trennlinien zwischen Online- und Offline-Welten sich verflüssigen (Becker & Schnur 2020: 3). Dies wirkt sich auf die Einbindung digitaler Projekte in der Quartiersarbeit aus: Stapf & Siegert weisen auf die fehlende Nutzung digitaler Medien in quartiersbezogenen Bildungsangeboten hin und empfehlen insbesondere die Entwicklung hybrider Angebote von Begegnungen vor Ort in Kombination mit digitalen Medien (Stapf & Siegert 2019: 36). So sollte sichergestellt werden, dass digitale Arbeit keine analogen aufsuchenden Strukturen ersetzt, sondern diese im Sinn einer *Blended Political Education*¹¹ erweitert.

Entgegen der verbreiteten Vorstellung des Internets als ein partizipativer, egalitärer Raum bedeutet die Verschränkung beider Welten jedoch, dass Ungleichheits- und Diskriminierungsstrukturen der Offline-Welt sich ebenso in der Online-Welt entfalten und

11 Der Begriff ist angelehnt an den der »Blended Streetwork« aus der aufsuchenden sozialen Arbeit (Neuburg et al. 2020: 176).

auch letztere nicht von hegemonialen Machtverhältnissen abgeschirmt ist: Im Internet können bisherige Aus- und Abgrenzungsmechanismen weitergeführt, überwunden werden und neu entstehen (Neuburg et al. 2020: 169). Auch Phänomene wie Hate Speech und Mobbing treten im Internet gleichermaßen oder sogar verstärkt auf: Ressentiments und Marginalisierungspraktiken werden von der analogen in die digitale Welt übertragen; deren Reproduktion kann wiederum Auswirkungen auf Beziehungen in der analogen Welt haben (Becker und Schnur 2020: 10f.). Nachteilig im Hinblick auf die Nutzung digitaler Medien ist, dass ältere Menschen im Internet statistisch unterrepräsentiert sind (Walter 2014: 20). Dies muss bei der aufsuchenden digitalen Arbeit berücksichtigt werden.

3.7. Öffentliche Räume als Lernorte

Ebenso wie Lerninhalte müssen in der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit konventionelle Lernorte und die bisherige Wahrnehmung von Räumen als politisch relevant überdacht werden (Bremer & Trumann 2016: 90ff.). Dazu gilt es, den Begriff des Lernorts sozialraumorientiert zu öffnen (Bremer 2020: 11): Ausgehend von der Annahme, dass jeder Raum ein potenzieller Lernort ist, solange er als solcher gelesen wird (Ciupke 2010: 320), müssen Lernorte im Quartier an die direkte Lebenswelt der zu erreichenden Personen angepasst werden (Bremer & Trumann 2016: 90ff.).

Der *Spatial Turn*, der eine stärkere wissenschaftliche Fokussierung auf den Raum als komplexes Handlungsfeld markiert, rückt

auch den Raum als Lernort der politischen Bildung ins Licht (Ciupke 2010: 315). Der Autor unterscheidet inszenierte und nicht inszenierte Lernorte: Während Lernorte wie Gedenkstätten, Museen und Ausstellungen für vermittelnde, erinnerungskulturelle und -politische Zwecke inszeniert werden, erscheinen nicht inszenierte Lernorte, deren Definition sehr vielfältig sein kann, als unberührt und somit authentisch. Diese scheinbare Unmittelbarkeit ist jedoch irreführend: Auch nicht inszenierte Lernorte müssen im Sinne eines bestimmten Erkenntnisinteresses gelesen werden, wobei die angewandten Methoden entscheidend sind (a.a.O.: 320).

Pierre Bourdieu liest das politische Feld als einen »Mikrokosmos«, in dem verschiedene Akteur*innen mit unterschiedlichem Zugang zu Ressourcen um Deutungshoheit ringen (Bourdieu 2001). Öffentliche Räume, darunter auch physische Räume, werden erst dann handlungsrelevant, wenn Menschen sie sich aneignen. So können Quartiere zu Handlungsspielräumen werden, indem sie sich in den Habitus der Menschen einprägen (Ludwig 2019: 4).

Räume sind jedoch nicht für alle gleichermaßen zugänglich. Ein Erklärungsansatz für die fehlende räumliche Teilhabe von Bewohner*innen innerhalb ihres Quartiers ist das Konzept der territorialen Ungleichheit (Neu 2006). So bestimmen Machtverhältnisse innerhalb eines sozialen Raums wie dem Quartier, wer Zugang zu kulturellen und politischen Ressourcen erhält und wer nicht. Die individuelle Verortung von Menschen innerhalb eines physischen Raums erschwert diesen gleichen Zugang zu Ressourcen und führt damit zu einer ungleichen Teilhabe von Men-

schen innerhalb eines Quartiers. Territoriale Ungleichheit tritt zudem in Kombination mit anderen Ausgrenzungs- und Ungleichheitsstrukturen auf, die zu einer Mehrfachbelastung führen können (Ludwig 2019: 6f.).

Zentrale Plätze, Straßen und andere vielbesuchte Orte im Quartier können wichtig sein, um Menschen aufsuchend für politische Bildung zu gewinnen und zugleich Thema von Partizipationsprozessen sein.

Dies gilt auch für öffentliche Begegnungsräume im Quartier. Räume, die von allen Bewohner*innen des Quartiers genutzt werden (können), sind von zentraler Bedeutung für das Zusammenleben. Wenn jedoch ein öffentlicher Raum per Definition allen zugänglich sein soll, stellt sich die Frage, wie Räume wirklich öffentlich werden können – und wer die benötigten (Macht)Ressourcen besitzt, sie sich anzueignen (Bremer 2020: 5). Die aufsuchende politische Bildung ist bestrebt, physisch-räumliche Distanzen zu überwinden und somit der territorialen Ungleichheit entgegenzuwirken (Ludwig 2019: 2).

Öffentliche Räume im Quartier weisen ein besonderes Potenzial für informelle Bildungsprozesse auf, da sie oft im Gegensatz zu offiziell institutionalisierten Räumen wie Bildungsinstitutionen stehen (Deinet 2015: 163). Aneignungsprozesse von Räumen zu betrachten, dient dazu, Bildungsorte und -räume als »mehrdimensional zu verstehen und für die Diskussion von lokalen, regionalen oder kommunalen Bildungslandschaften nutzbar zu

machen« und ihnen als einen Teil der Alltagsbildung eine bedeutende Rolle im Rahmen informeller Bildungsprozesse zuzuweisen (a. a. O.: 163ff.). Hierfür sollten sie geografisch möglichst zentral liegen sowie leicht zugänglich, gut gepflegt und in ihrer Ausrichtung klar definiert sein (Fugmann & Karow-Kluge 2019: 302).

Auch ihre Beschaffenheit spielt eine Rolle: Besonders für die kalten Wintermonate sollten öffentlich finanzierte, geschlossene Räume zugänglich sein (Hoeft et al. 2014: 263). Fugmann & Karow-Kluge (2019: 304) halten die Umgestaltung öffentlicher Räume in einem Quartier für »*ein geeignetes Thema für Partizipationsprozesse, die der Vielfalt und Verschiedenheit im Stadtteil gerecht werden wollen (und können)*«. Um den Anspruch an Inklusion von Menschen, die bisher in öffentlichen Räumen exkludiert werden, zu erfüllen, schlagen sie »temporäre Rauminterventionen« für niedrigschwellige Raumveränderungen vor, die die Bewohner*innen zur Mitgestaltung ihres Quartiers bewegen sollen. Im Zentrum stehe das Schaffen von »Momenten der Geselligkeit« an diesen Orten (a. a. O.: 302–305).

Auch die Erschließung von Orten, die sonst unzugänglich sind oder erscheinen, wie z. B. Besuche von Regierungsgebäuden oder Museen, sowie internationale und interkulturelle Austauschprogramme sind empfehlenswerte Formate (Brunner 2020: 255), sofern diese sinnvoll in das Veranstaltungsprogramm eingebunden werden.

4. Praxisbeispiele

Im Folgenden sollen einige Modellprojekte vorgestellt werden, aus deren Ansätzen und Ergebnissen Erfahrungen für die zukünftige aufsuchende politische Bildungsarbeit geschöpft werden können. Als richtungsweisend sind hier besonders Institutionen wie die Bundeszentrale und Landeszentralen für politische Bildung, das Karl-Arnold-Institut als Kompetenzzentrum für aufsuchende politische Bildung der Karl-Arnold-Stiftung sowie die Montag Stiftungen, darunter insbesondere die Montag Stiftung Urbane Räume sowie die Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, zu nennen, unter deren Förderung bereits zahlreiche Projekte im Bereich der aufsuchenden Bildungsarbeit durchgeführt wurden.

Eines der prominentesten Initiativen bundesweiter aufsuchender Bildungsarbeit ist die U18-Wahl, die zum ersten Mal 1995 in Berlin durchgeführt wurde und an der alle in Deutschland lebenden Minderjährigen und Schüler*innen deutscher Schulen im Ausland teilnehmen dürfen. Heute wird die U18-Initiative vom Deutschen Kinderhilfswerk, dem Deutschen Bundesjugendring, den Landesjugendringen, verschiedenen Jugendverbänden und dem Berliner U18-Netzwerk organisiert und von verschiedenen staatlichen Institutionen gefördert. Das Konzept besteht aus einer möglichst niedrigschwelligen Kooperation mit öffentlichen Kinder- und Jugendeinrichtungen, die die Wahlen immer kurz vor offiziellen Landtags-, Bundestags- und Europawahlen durchführen, an denen das öffentliche Interesse für politische Themen besonders hoch ist. Kinder und Jugendliche setzen sich so mit den Kandidat*innen und Wahlprogrammen auseinander, treffen Politiker*innen und können ein Statement zu ihren eigenen Interessen setzen. Im Jahr 2020 nahmen, trotz durch die Covid-19-Pandemie entstandenen Organisationsschwierigkeiten, etwa 20.000 Jugendliche an der Wahl teil. Diese erfolgt direkt in den Einrichtungen, die Teil des alltäglichen Umfelds der Jugendlichen sind (Deutscher Bundesjugendring 2017).

Auch in der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit auf dem Land konnten bereits Erfahrungen gesammelt werden. Das Projekt des Trägers Arbeit und Leben DGB »MoDem – Mobiles demokratisches Empowerment für den ländlichen Raum« befasste sich von 2017–2020 mit aufsuchender politischer Bildung auf dem Land. Gefördert u. a. von der Bundeszentrale für politische Bildung, war das zentrale Ziel des Projekts der nachhaltige Strukturaufbau in ländlichen Modellstandorten in den Landkreisen Vorpommern-Greifswald sowie Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.

Mit dem Ziel, bestehende Alltagserfahrungen von Jugendlichen in die abstrahierte Form eines Spiels zu übersetzen, entwickelten Andrea Benze und Urs Walter gemeinsam mit jungen Bewohner*innen des Donauquartiers in Berlin-Neukölln

das Planspiel »Agenten & Komplizen« (Benze & Walter 2015: 171–174). Durch Nutzung ihrer eigenen Ortskenntnis und Perspektive sollen die »Stadtspieler*innen« in dem Spiel bislang verborgene und informelle Potenziale ihres Quartiers als Bildungsressourcen entdecken und gemeinsam verhandeln, welche Räume gestärkt werden sollten. So betrachtet das Spiel das Quartier als Lernort und die Spieler*innen als unverzichtbare Expert*innen ihres Stadtteils und macht Bedeutungszusammenhänge von Raumerfahrungen spielerisch zugänglich (a. a. O.: 167f.).

Weitere Modellprojekte sollen im Folgenden genauer betrachtet werden: Das Projekt »Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben« von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, das Projekt »Menschen Häuser Nachbarschaften«, die Demokratiewerkstätten in Nordrhein-Westfalen, darunter insbesondere die Standorte in Köln und Krefeld, die aufsuchende politische Bildungsarbeit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung in vier Berliner Kiezen, das Projekt »Pontek« in Marzahn-Hellersdorf und die verschiedenen Arbeitsbereiche des Karl-Arnold-Instituts als in Berlin und Köln tätiges Kompetenzzentrum für aufsuchende politische Bildung.

4.1. Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben

Das Projekt »Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben« wurde im Jahr 2019 von Minor unter Förderung der Bundeszentrale für politische Bildung durchgeführt. Es knüpfte an die von der Minor – Wissenschaft durchgeführten Studie »Herausforderung: Zusammenleben im Quartier« (von Oswald et al. 2019) an, welche mit der Analyse der Veränderungen des Zusammenlebens in Wohnquartieren im deutschlandweiten Vergleich befasst war. Die Studie ermöglichte ein umfassendes Bild von Ursachen und Formen von Konflikten in Quartieren und erarbeitete Handlungsempfehlungen der Prävention und Intervention für Wohnungsunternehmen, Wohnungswirtschaft und regionale und überregionale politische Gremien.

»Konflikt<>Quartier<>Zusammenleben« untersuchte die Potenziale politischer Bildung zur Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenhalts, zur Lösung von Konflikten und Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen qualitativ in vier Quartieren. Es wurden besonders von struktureller Segregation geprägte Großstadtquartiere in den Blick genommen, in denen sich die Verschlechterung der sozioökonomischen Verhältnisse laut verschiedenen Akteur*innen auf das nachbarschaftliche Zusammenleben auswirkte.

Das Projekt bestand aus Analyse und Praxis politischer Bildung. So wurden in zwei Großstadtquartieren¹² Methodenwerkstätten durchgeführt, die sich unter Einbeziehung sozialer Akteur*innen im Quartier, Bewohner*innen und Wohnungsunternehmen mit der Frage nach den Potenzialen und Bedarfen politischer Bildung im Quartier auseinandersetzten. Basis der Methodenwerkstätten waren zuvor geführte Fokusgruppeninterviews mit Zugewanderten und Akteur*innen der Integrationsarbeit, deren Ziel die Identifizierung von Konflikten in den Quartieren war.

Zentrales Ergebnis der Methodenwerkstätten war, dass lokale Akteur*innen vor allem Unterstützung und Begleitung benötigen, um politische Bildungsprojekte umzusetzen.

Der erste Schritt der Methodenwerkstätten bestand in einer Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten politischer Bildungsarbeit in den Quartieren, um einen produktiven Austausch zu ermöglichen. Dabei bestand auch Austausch mit anderen Vierteln wie der Demokratiewerkstatt in Krefeld (siehe Kapitel 4.4). Die Teilnehmenden diskutierten zu der Frage, wie die Beteiligung und Teilhabe in den Quartieren gestärkt werden könnte und entwickelten konkrete Projektideen. Der Diskussion zugrunde lag stets die Aufgabe, Politik und politische Bildung neu zu definieren und an die Zielgruppen anzupassen. Ein zentrales Ergebnis der Methodenwerkstätten in den verschiedenen Städten war der Bedarf der lokalen Akteure nach Unterstützung und Begleitung politischer Bildungsprojekte, insbesondere bei der Initiierung neuer Ansätze.

In der Werkstatt im Märkischen Viertel Berlin entwickelten die verschiedenen Akteur*innen mögliche Themenbereiche und Methoden für zukünftige Projektideen und trugen Herausforderungen für die Umsetzung der Projektideen zusammen. Die Teilnehmenden stimmten überein, dass die Entdeckung und das Erleben von Selbstwirksamkeit in Form von lokaler politischer Bildung und bürgerschaftlichem Engagement als eine »erlebbar« Demokratie, in Kontrast zur fernen »abstrakten« Demokratie, Ziel der Projekte ist. Die Angebote müssten jedoch an die Zielgruppen angepasst werden und vielfältig sein. Dabei schlugen sie aufsuchende Methoden wie das Ansprechen von Menschen an öffentlichen Orten im Quartier und Hausbesuche vor. Auch die Verbindung von politischer Bildung mit gemeinwesensfördernden Projekten, etwa in Form einer Fahrradwerkstatt, stand im Raum.

12 Duisburg-Neuenkamp und das Märkische Viertel in Berlin.

Bezüglich der Themen standen alltägliche Herausforderungen im Quartier im Vordergrund, darunter Lärmbelästigung, Sauberkeit, Sicherheit, öffentliche Verkehrsmittel und Infrastruktur, sowie politische Partizipationsbereiche wie ein Wahlrecht für alle, Bildung, Klima, Diskriminierung sowie Demokratie in Deutschland und in verschiedenen Herkunftsländern der Beteiligten, wie der Türkei und Syrien. Dabei stand nicht nur die Frage im Raum, wie Bewohner*innen des Quartiers zur politischen Partizipation animiert werden können, sondern insbesondere, wie sich diese Partizipationsprozesse gestalten können, wenn ein gewisser Anteil der Menschen kein Wahlrecht genießt.

Ein weiteres Projekt von Minor widmete sich konkret der Förderung migrantischer Partizipationsstrukturen im lokalen Rahmen: Das Projekt »BePart – Teilhabe beginnt vor Ort!«, 2019–2021 gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Bundeszentrale für politische Bildung, erprobte in zehn bundesweiten Modellkommunen Lösungsansätze zur Förderung des Engagements von Menschen mit (familiärer) Einwanderungsgeschichte in gesellschaftlich relevanten Gremien. Dies geschieht durch die Umsetzung kleiner Partizipationsprojekte durch Migrant*innenorganisationen, Bildungsträger, Vereine und Initiativen vor Ort. Ergebnis ist auch hier, dass insbesondere aufsuchende Projekte, d. h. Projekte, in deren Umsetzung und Entwicklung Brückenmenschen involviert sowie in denen Menschen direkt und persönlich angesprochen werden, am fruchtbarsten sind und neues Engagement stiften können.

4.2. Das Karl-Arnold-Institut

Wichtige Arbeit im Bereich der aufsuchenden politischen Bildung leistet die in Köln verortete Karl-Arnold-Stiftung. Dazu gehört u. a. die Bildungsarbeit in der Demokratiewerkstatt der Landeszentrale für politischen Bildung Nordrhein-Westfalen im Kölner Norden, in deren Rahmen eine Bürgerplattform und ein Integrationsrat im Quartier eingeführt wurde. Das von der Stiftung initiierte Karl-Arnold-Institut ist ein Kompetenzzentrum, das sich in Berlin und Köln der aufsuchenden politischen Bildung im städtischen Raum widmet (Karl-Arnold-Stiftung 2021). Ziel ist u. a., interessierte und engagierte Anwohner*innen zu identifizieren und motivieren, selbst Multiplikator*innen der Bildungsarbeit in ihrer Umgebung zu werden. Die Ansprache geschieht über eine enge Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die bereits in den Quartieren tätig sind, und deckt eine Bandbreite an Formen der Ansprache ab. Diese geschieht z. B. an öffentlichen Orten wie in Einkaufszentren oder auch sehr zielgruppenorientiert in Tageseinrichtungen für Jugendliche oder in Seminaren für geflüchtete Menschen.

Auch über Feste und andere Unterhaltungsangebote, gemeinsam begangene interreligiöse Feiertage und zivilgesellschaftliche Aktionen können politische Inhalte vermittelt und Schwellen zwischen Bewohner*innen abgebaut werden.

Ein Fokus des Karl-Arnold-Instituts liegt auf der Aktivierung der Zivilgesellschaft für den Abbau interkultureller Distanzen und eine erfolgreiche Integration Zugewanderter und Geflüchteter in den Quartieren. Gerade in multikulturell geprägten Stadtteilen finden Veranstaltungen zur Werte- und Sprachmittlung sowie Berufsvorbereitung für Immigrant*innen statt. Dazu gehört auch die Ausbildung von »Werteberater*innen« und interkulturelle Schulungen von Sprachtrainer*innen. Über Feste mit politischen und Unterhaltungsinhalten, gemeinsam begangene interreligiöse Feiertage und zivilgesellschaftliche Aktionen (wie das Nähen von Masken durch geflüchtete Frauen als solidarisches Zeichen und Handeln in der Corona-Pandemie) sollen Schwellen zwischen Bewohner*innen abgebaut werden.

Zweisprachige historische Workshops vermitteln Aspekte der deutschen Geschichte, mit einem Fokus auf der Geschichte des Nationalsozialismus, auf Deutsch und Arabisch. Dabei nähern sich die Workshops der Thematik durch zugrundeliegende Themen wie Grundrechte und Freiheit an und verknüpfen die Lerninhalte mit Besuchen etablierter Bildungsinstitutionen wie dem Haus der deutschen Geschichte in Bonn. In weiteren Formaten, wie z. B. Graffitiworkshops und dem Vlog »Abgecheckt« in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und dem Träger Outline e.V., werden Elemente der politischen Bildung in subkulturellen Kontexten etabliert.

4.3. Menschen Häuser Nachbarschaften

Das Projekt »Menschen Häuser Nachbarschaften«, ein Kooperationsprojekt des Vereins StadtBauKultur Nordrhein-Westfalen mit dem Landesverband der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen e.V. und der VHS Bochum, ermöglichte mit einem Schwerpunkt auf Erwachsenenbildung eine niedrigschwellige, zielgruppenorientierte Auseinandersetzung mit städtebaulicher Entwicklung und Baukultur (Baukultur NRW 2019). Das Projekt fand zwischen 2017 und 2020 in vier verschiedenen Quartieren in Bochum¹³ statt. Zur Bündelung von bildungspolitischen und städtebaulichen Kompetenzen nahmen die Volkshochschulen Bochum eine sozialintegrative, der Landesverband der Volkshochschulen eine übergreifende und die Landesinitiative StadtBauKultur NRW eine städtebauliche Funktion ein (Fuchs & Hinrichs 2019: 12).

13 Rosenberg, Werne, Hamme und Wattenscheid.

Die Entwicklung digitaler Partizipationsmöglichkeiten bildete einen Schwerpunkt des Projekts: So wurden u. a. eigene Stadtteilblogs mit interaktiven Karten gegründet und die gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen entwickelte partizipative App #stadtsache mit begleitenden Unterrichtsmaterialien zur schulischen Erprobung auf die Beine gestellt. Die Volkshochschulen bildeten zudem Anwohner*innen zu Stadtteilführer*innen ihrer Quartiere aus (a. a. O.: 15). Das Projekt bildete ein Netz aus religiösen Gemeinden, Stadtteilinitiativen und Quartiersbüros.

4.4. Demokratiewerkstätten in Nordrhein-Westfalen

Das von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen geförderte Projekt »Demokratiewerkstätten im Quartier« startete im Jahr 2017. In Quartieren in sieben nordrhein-westfälischen Städten¹⁴ erproben die Werkstätten verschiedene Ansätze zur Förderung von Teilhabe und Engagement (Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen 2019).

Die Willi-Eichler-Akademie ist seit 2017 in verschiedenen Stadtteilen in Köln tätig und konzentriert sich seit 2018 auf die Demokratiewerkstatt in Köln-Kalk. Hier ist besonders das Projekt »Rotes Sofa« hervorzuheben: Die Initiator*innen, ein Bündnis aus sechs Organisationen, platzieren das Sofa regelmäßig und zu bestimmten Anlässen wie Stadtteilsten an verschiedenen Orten und ermuntern Bürger*innen, sich hinzusetzen und ihre Interessen und Anliegen im Dialog mit wechselnden Ansprechpartner*innen anzubringen. Das Sofa bietet somit mehr als nur metaphorischen Raum für Partizipation: Die Umsetzung der Gespräche wird angestoßen, indem die Anliegen an Verantwortliche der Bezirksvertretung weitergeleitet werden. Ein weiteres Projekt der Demokratiewerkstatt in Köln-Kalk ist das Demokratieradio. Hier werden regelmäßig Bürger*innen des Bezirks eingeladen, mit den Projektverantwortlichen in den Dialog zu treten und Ideen für die Weiterentwicklung des Quartiers zu entwickeln (Willi-Eichler-Akademie 2021).

14 Krefeld (Krefelder Süden), Köln (Kalk und der Kölner Norden), Stolberg (Ober-/Unter Stolberg und Münsterbusch), Bielefeld (Ostmannsturmviertel), Duisburg (Marxloh), Wuppertal (Hesselberg und Südstadt) und Düsseldorf (Oberbilk).

Die Demokratiewerkstatt im Krefelder Süden wird hier genauer dargestellt. Das Ziel der Werkstatt formuliert der Projektleiter Lars Meyer wie folgt:

»Im Fokus der Demokratiewerkstatt Krefeld steht die Implementierung gelebter Demokratie. Durch eine sozialräumlich orientierte aufsuchende politische Bildungsarbeit an der Schnittstelle zwischen gemeinwesenorientierter Arbeit, Sozialarbeit und Erwachsenenbildung wird das Ziel verfolgt, inklusiv-partizipative Verfahren und Strukturen zu entwickeln und nachhaltig zu etablieren.«

(Meyer & Büchter 2019: 3)

Die Demokratiewerkstatt in Krefeld konnte, neben bereits engagierten zivilgesellschaftlichen Akteuren, auf Erfahrungen der UNS – Montag Stiftung Urbane Räume aufbauen, die bereits in den Jahren 2015 und 2016 aktiv Projekte im Quartier unterstützte. Schon 2013 hatte die Stiftung gemeinsam mit der Stadt Krefeld ein Handlungsprogramm für den Krefelder Süden formuliert, das einen Schwerpunkt auf die Entwicklung eines in kultureller, sozialer und ökonomischer Hinsicht heterogenen Viertels und die Erfüllung der (insbesondere wirtschaftlichen und wohnlichen) Bedarfe der verschiedenen Bewohner*innen legte.

Dies sollte einige Jahre später umgesetzt werden: Im Viertel aktive Initiativen sollten nachhaltig gestärkt, die Architektur durch städtebauliche Entwicklungen aufgewertet werden. Letzterer Punkt betrifft vor allem die Entwicklung eines solidaritätsbasierten Begegnungs- und Wohnprojektes in der im Viertel gelegenen, vor über 130 Jahren in Betrieb genommenen, Alten Samtweberei (FESCH 2018). Das Gebäude wurde zum zentralen Ort für Begegnung und Bildung (Meyer & Büchter 2019: 25–30).

Das FESCH (Forum Eltern und Schule) begleitete den Entstehungsprozess der Demokratiewerkstatt. In mehrwöchigen Fortbildungen wurden so Prozessbegleiter*innen ausgebildet, die die weitere Entwicklung des Projekts durch ihre angeeignete Expertise begleiteten (a. a. O.: 64).

Gremien wie Viertelräte oder Mieter*innenvertretungen schaffen kontinuierliche Räume für interessierte Bürger*innen, um sich an der Entwicklung des Stadtteils zu beteiligen.

Die »Schnittstelle zwischen gemeinwesenorientierter Arbeit, Sozialarbeit und Erwachsenenbildung« war in der Demokratiewerkstatt Programm: Eine Säule dieser Arbeit war die Etablierung nachhaltiger Strukturen zur Partizipation. Für einen niedrigschwelligen Ideenaustausch zu gemeinwesenförderlichen Projekten

wurde ein regelmäßiger Projektstammtisch ins Leben gerufen. Weitere Gremien – die »Viertelsstunden« und der »Viertelsratschlag« als Austauschforen und der »Viertelsrat« als ehrenamtliches Entscheidungsgremium über anstehende Maßnahmen – schafften kontinuierliche Räume für alle an der Entwicklung des Stadtteils interessierten Bürger*innen. Initiiert wurden die Gremien in einem, im Hinblick auf zur Verfügung stehende Ressourcen transparenten, Eröffnungstreffen, zu dem alle Bewohner*innen eingeladen waren (a. a. O.: 8). Anders als die anderen Gremien setzte sich der Viertelsrat aus festen Mitgliedern aus Bürgerinitiativen und Bewohner*innen zusammen. Sinn des Gremiums war die Schaffung eines Raums zu sozialen Belangen des Stadtteils bei aktiver Vernetzung der Bewohner*innen mit klaren Kommunikationswegen und festgelegten Arbeitsfeldern. Die Gründung einer Nachbarschaftsstiftung ist ebenfalls bereits im Prozess begriffen (a. a. O.: 18, 68).

Auch die Begegnungs- und Bildungsformate des Projekts waren divers. So fanden thematische Auseinandersetzungen in Form von dialogischen Spaziergängen und Zukunftswerkstätten, Erzählsalons, Demokratiewerkshops sowie dem Betzavta-Format statt, in dem Dilemmata und Konflikte spielerisch erprobt und bearbeitet werden (a. a. O.: 36, 42ff., 70). In Kooperation mit den Vereinen Heimatsucher e. V. und LAKUM fand auch ein Zeitzeug*innengespräch im Rahmen eines historischen Workshops statt, in dem sich die Teilnehmenden mit der Erinnerung an den Holocaust und Rechtsextremismus auseinandersetzten. Zudem wurden Antidiskriminierungs- und Extremismuspräventionsworkshops organisiert (a. a. O.: 61, 74). Die Bewohner*innen leisten des Weiteren soziale Arbeit und Nachbarschaftshilfe in Form von Unterstützung des Tagestreffs »Die Brücke« im Samtweberviertel, einer Anlaufstelle für bedürftige Menschen (a. a. O.: 50ff.). Die Arbeitsgruppe »Null-Müll« setzt sich mit Lösungen für ein sauberes Stadtviertel auseinander (a. a. O.: 21). Mehrere Feste, so z. B. das »Fest ohne Grenzen«, bot nicht nur Raum für Begegnung und Unterhaltung, sondern auch für weitere Projektideen und die Suche nach Verbündeten mit einem Schwerpunkt auf der Arbeit gegen rechts (a. a. O.: 11f.).

Formelle und informelle Partizipationsfelder werden in der Demokratiewerkstatt nicht in gegenseitiger Konkurrenz, sondern in gegenseitiger Ergänzung betrachtet. Die Beteiligung des Projekts reicht somit über informelle Strukturen bis hin zu formeller Partizipation in etablierten kulturellen und politischen Feldern (a. a. O.: 74). Besonders die inhaltlichen Programmpunkte enthalten auch Besuche in institutionellen Bildungsstätten wie Gedenkstätten und Museen. In Multiplikator*innenschulungen wurden zudem aktive Bürger*innen und Mitarbeiter*innen der Kommune im Bereich der Teilhabeförderung fortgebildet (a. a. O.: 3).

4.5. Aufsuchende Arbeit in vier Berliner Kiezen

In den Jahren 2018 und 2019 hat die Berliner Landeszentrale für politische Bildung in vier Berliner Kiezen¹⁵ Angebote der aufsuchenden politischen Bildung ins Leben gerufen. In Zusammenarbeit mit sozialräumlichen lokalen Projekten und Trägern der sozialen und Gemeinwesenarbeit, die bereits in den Kiezen vernetzt sind, unternimmt sie den Versuch einer niedrigschwelligen Projektarbeit unter Einbeziehung aller Bewohner*innen (Atli et al. 2019: 46f.).

Die zentralen inhaltlichen Themen der Angebote sind angelehnt an die direkte Lebenswelt der Kiezbewohner*innen. So gibt es einen Schwerpunkt auf die Auseinandersetzung mit sozialer Ungleichheit, Bildungsgerechtigkeit und Arbeitswelt, mietpolitischen Fragen und Diskriminierungsstrukturen (ebd.). In Annäherung an historische Themen (wie z. B. die deutsche Geschichte) und allgemeinpolitische Felder (z. B. Stadtentwicklung, Wahlen und politische Strukturen) soll das demokratische Verständnis der Adressat*innen gefestigt werden.

Aufsuchende politische Bildung kann diverse Formate annehmen: Stadtrundgänge, Planspiele, Feste, künstlerische Projekte, Informationsveranstaltungen, regelmäßige Gesprächsrunden oder Nachbarschaftscafés und vieles mehr.

Die Formate sind divers: Neben Informationsveranstaltungen (darunter auch Online-Diskussionen) und Stadtrundgängen sind Spielaktionen, Feste und künstlerische Projekte, wie gemeinsam erarbeitete Ausstellungen, geplant. Auch sollen Bürger*innen bei der Durchführung von Kleinprojekten, die sie selbst entwickeln, finanziell und organisatorisch unterstützt werden (ebd.). Das Ziel ist die Etablierung regelmäßiger Formate, wie wöchentliche Gesprächsrunden, Elterncafés und Beratungsangebote.

Das Projekt der aufsuchenden politischen Arbeit im Falkenhagener Feld in Berlin-Spandau startete im Juli 2020 unter Leitung von Hasan Kuzu in Kooperation mit dem Träger OUTREACH. Ein Fokus des Projekts liegt auf der Diversität der Angebote: So sollen Elternfrühstücks, Erzählcafés und Stadtteilstefte initiiert und unterstützt werden. In Coachings werden interessierte Teilnehmende thematisch in politischen Themen geschult und zur Durchsetzung ihrer Bedarfe in Bürgeranliegen angeleitet (QM Falkenhagener Feld West 2020).

15 Die vier Kieze sind das Falkenhagener Feld (Spandau), der Schillerkiez (Neukölln), Neu-Hohenschönhausen (Lichtenberg) und die Hellersdorfer Promenade (Marzahn-Hellersdorf).

Ein weiterer Kiez, in dem ein Projekt der aufsuchenden politischen Arbeit eingerichtet wurde, ist Hellersdorf. Das Projekt »Hellersdorf aktiv« besteht seit Herbst 2018 und wird in Kooperation mit Roter Baum Berlin durchgeführt. So wurden 2020 Grillfeste unter dem Namen »Politik isst Wurst« realisiert, zu dem lokale Politiker*innen eingeladen wurden, um einen ungezwungenen Begegnungsrahmen zwischen ihnen und den Bewohner*innen des Quartiers zu ermöglichen (Roter Baum Berlin 2020). Zudem veranstaltete das Projekt im Herbst 2020 das »Respekt und Neugier Festival«, bei dem neben Live-Musik und Percussion- und Breakdance-Workshops auch politische Formate zur Klimapolitik, zum bedingungslosen Grundeinkommen und zur Sensibilisierung und Diskriminierung von LGBTIQ+ an der Schule durchgeführt wurden. Es fanden auch eigene Workshops statt, die Teilnehmende an Möglichkeiten des Engagements bei *Fridays for Future* und der Seebrücke heranführten (ebd.).

Gefördert vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und der Bundeszentrale für politische Bildung unter dem Namen »Miteinander im Quartier« führt die Berliner Landeszentrale für politische Bildung von 2020 bis 2024 das Projekt »Gleiche politische Teilhabe – Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung im Quartier« durch. Dabei sollen weitere Ansätze der aufsuchenden politischen Bildung in Berliner Bezirken erprobt werden, darunter sowohl neue als auch Quartiere, in denen bereits entsprechende Erfahrungen gesammelt wurden. Ziel des Projekts ist es, Bewohner*innen der Quartiere über Handlungsmöglichkeiten in politischen Feldern aufzuklären und ihnen die Relevanz politischer Fragen für ihren Alltag nahezubringen. Dies soll durch interkulturelle und soziale Begegnungs- und Dialogprogramme und thematische Partizipationsworkshops geschehen (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2020).

4.6. Das Projekt »Ponte« in Marzahn-Hellersdorf

Von Januar 2016 bis Dezember 2018 wurde das Projekt »Ponte – Interkulturelle Orientierung und Nachbarschaftsvermittlung« im Rahmen des von der EU geförderten Berliner Programms Zukunftsinitiative Stadtteil II – Teilprogramm »Soziale Stadt« durchgeführt. Träger des Projekts, das sich an die Anwohner*innenschaft in den Berliner Quartieren Marzahn-Nord und Hellersdorf-Nord richtete und maßgeblich von Moritz Marc geleitet wurde, war die pad gGmbH.

Ziele des Projekts waren *Community-Building* »von unten«, also die Entwicklung und Unterstützung von Selbstorganisation aktiver Nachbarschaftsstrukturen, besonders im Hinblick auf die Integration geflüchteter Menschen in den Quar-

tieren, die Vernetzung von Geflüchteten untereinander und mit Alteingesessenen sowie die Verbesserung der Partizipationsmöglichkeiten Geflüchteter im Sozialraum Quartier (Marc & Palloks 2018: 3, 11).

Diesen Zielen näherte sich die Projektarbeit in einer konsequenten Bedarfsorientierung und Anpassung an bereits vorhandene Ideen, Planungen und Ressourcen der verschiedenen Akteur*innen im Quartier. Dabei signalisierte der Projektträger, dass er eine vorrangig finanziell und organisatorisch unterstützend wirkende, jedoch verbindliche Funktion einnimmt, die von Offenheit für die Perspektiven der im Quartier ansässigen Menschen geprägt ist (a. a. O.: 16). Ein wichtiger Baustein des Projekts war die Aktivierungs- und Empowermentarbeit. Durch eine zielgruppenorientierte Ansprache und die Einbeziehung verschiedener Gruppen im Kiez sollten besonders sozioökonomisch und bildungsbenachteiligte Menschen im Kiez angesprochen werden. Auch die Öffentlichkeitsarbeit spielte bei der Gewinnung von Teilnehmenden eine wichtige Rolle (a. a. O.: 7, 18).

Es funktionieren eher die kleinen Dinge! Niedrigschwellige Angebote fördern Begegnung und Austausch oft stärker als kontroverse politische Diskussionen.

Bezüglich der Formate resümiert Marc: »Es funktionieren eher die kleinen Dinge« (a. a. O.: 25). »Ponte« förderte und unterstützte in der Regel kurzfristige Projekte, die der Gemeinwesen- und interkulturellen Arbeit dienten: Dazu gehörten Informationsveranstaltungen wie Fachtagungen zur Interkulturalität, Workshops zu Fake News und Medienfunktionalität und ein Familienseminar »Kommunikation mit Eltern«, aber auch künstlerische Projekte wie Graffiti- und Hip-Hop-Tanz-Workshops, Konzerte, Theaterprojekte, Foto-Projekte und die Unterstützung des Roma-Kulturtages. Zudem wurden nachbarschaftliche Begegnungsprogramme, wie eine gemeinsame Feier zum Zuckerfest, und ein Grillfest initiiert (a. a. O.: 5f.). Bei all diesen Veranstaltungen gab es immer feste Ansprechpartner*innen. Ein großer Wert lag auf Niedrigschwellig- und Zugänglichkeit, da Überforderung vermieden werden sollte. Dazu gehörte, in interkulturellen Begegnungsformaten nicht explizit den Umgang mit »der Fremde« zum Thema zu machen, und die Unterhaltung in Form von Essen, Erlebnis und Zusammenkunft in den Vordergrund zu stellen (a. a. O.: 28).

Große Herausforderungen ergaben sich in der fehlenden Infrastruktur zivilgesellschaftlicher Initiativen vor Ort. Die Ressourcen und Möglichkeiten von Stadtteilzentren und Jugendfreizeiteinrichtungen sind limitiert, die betreffenden Organi-

sationen somit geprägt von personeller Diskontinuität, deren Hauptursache in der Befristung von Projektgeldern und einer damit einhergehenden Planungsunsicherheit begründet liegt. Die wenigen Akteur*innen, die beruflich zivilgesellschaftlich tätig sind, kommen selbst nicht aus den Quartieren, sondern reisen als Außenstehende an und müssen somit Kenntnis der Lage vor Ort und Vertrauen durch die Bewohner*innen erst gewinnen (a. a. O.: 9f.). Im Hinblick auf die Aufgabe von »Pontek«, die interkulturelle Begegnung zu fördern und Ressentiments und Distanzen abzubauen, sah sich der Projektleiter mit dem virulenten Rechtsextremismus in beiden Quartieren einerseits und mit dem fehlenden Interesse vieler Bewohner*innen an der Begegnung mit Geflüchteten und Neuzugezogenen andererseits konfrontiert (a.a.O.: 11f.).

Der Versuch der Gründung von Partizipationsgremien in Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete scheiterte aus verschiedenen Gründen. Sowohl die heterogene Zusammensetzung der Menschen in den Unterkünften, die zu Konflikten führte, als auch die fehlende Bleibeperspektive vieler Personen riefen Hindernisse bei der Etablierung einer politischen Selbstorganisation von Geflüchteten hervor. Marc resümiert, dass die Hauptursache eine fehlende Niedrigschwelligkeit im Hinblick auf Ziel- und Themensetzung des Gremiums war, die einer grundlegenden und kontinuierlichen Schulung zur Förderung des Demokratieverständnisses bedurft hätten: *»Man müsste im Vorfeld im Grunde erst einmal Angebote politischer Bildungsarbeit vorhalten, und die Menschen in dieser Weise in die Lage versetzen, das zu wollen und zu können. Welche Modelle der Interessenvertretung gibt es, welche Arten, miteinander zu kommunizieren?«* (Marc & Palloks 2018: 22)

Das Projekt schaffte jedoch auch erfolgreich Synergien im Bereich der Geflüchtetenarbeit, vernetzte Akteur*innen und brachte Menschen zusammen, die bisher wenig miteinander zu tun hatten. Auch nachhaltige Strukturen wurden entwickelt: So wurde im Projektverlauf die Migrantenselbstorganisation »Horizont e.V.« gegründet, die selbst politische Bildungsprogramme anbietet. Ebenso wurden zwei Fachvernetzungsrounds zur interkulturellen Arbeit in den Kiezen etabliert, die sich auch über die Projektlaufzeit hinaus regelmäßig austauschen. Im Hinblick auf den Integrationsbegriff schlägt Marc vor, dass Ansätze des Projekts »Pontek« zur interkulturellen Begegnung und Integration von Geflüchteten in den Vierteln auch auf andere Zielgruppen und Themen übertragen werden können (Marc & Palloks 2018: 8f.).

5. Fazit und Ausblick: Aufsuchende politische Bildung im Rahmen des Projekts PartQ

*»Das Quartier als Lernort zu sehen, bedeutet einen kontinuierlichen Dialog zwischen Jugendlichen, BewohnerInnen und lokal verankerten Personen sowie Verantwortlichen für die Stadtentwicklung aufzubauen.«
(Benze & Walter 2015: 178)*

Auf die Notwendigkeit und Potenziale politischer Bildung zur Stärkung gesellschaftlicher Partizipation wurde vielerorts hingewiesen. Demokratiegefährdende Phänomene wie die Zunahme an rechtsextremen Einstellungen und Stimmen für rechtspopulistische Parteien, soziale Polarisierung und demografische Entwicklungen betreffen die Gesamtgesellschaft, jedoch tritt politische Ungleichheit zusätzlich geballt auf: So sind Menschen in Quartieren, die von sozioökonomischer Segregation und Armut geprägt sind, in stärkerem Maße von fehlenden Möglichkeiten politischer Partizipation betroffen. Dies äußert sich konkret in Repräsentationslücken auf allen politischen Ebenen, auf denen privilegierte Gruppen überproportional vertreten sind.

Dies hat ein Gefühl des »Abgehängtseins« großer Teile der Bevölkerung und einem damit verbundenen Desinteresse an politischen Themen sowie einer Zunahme an populistischen oder gar extremistischen Einstellungen zur Folge. So korrelieren sozioökonomische Segregation und Armut mit Tendenzen zur islamistischen und rechtsextremen Radikalisierung in Quartieren als eine weitere Folgeerscheinung politischer Ungleichheit. Aufgrund dieser Entfremdung zur Politik wird bildungsbenachteiligten Menschen pauschal eine »Politikverdrossenheit« unterstellt. Dass

dies eine Fehleinschätzung ist, zeigen Studien zu informellem gesellschaftlichem und politischem Engagement ökonomisch und bildungsbenachteiligter Menschen außerhalb der etablierten politischen Prozesse. Die Lebensrealität besonders in von ökonomischer Segregation betroffenen Quartieren ist nicht nur eine des »Abgehängtseins«, sondern auch des aktiven »Abgehängtwerdens« als Folge des Ausschlusses von politischer Partizipation.

Zentrale Aufgabe politischer Jugend- und Erwachsenenbildung in Quartieren ist es, zur Mitgestaltung an politischen Prozessen anzuregen. Dazu gehört auch, Radikalisierungstendenzen entgegenzuarbeiten. Bisherige von Minor durchgeführte Quartiersstudien und -projekte haben gezeigt, dass politische Bildungsangebote in Quartieren nicht nur großes Potenzial besitzen, um zur Lösung nachbarschaftlicher Konflikte beizutragen, Radikalisierungstendenzen zu bekämpfen und den allgemeinen nachbarschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Zivilgesellschaftliche Initiativen, gefördert durch Bundes- und Länderprogramme und Stiftungen, haben sich des Problems der Förderung der politischen Partizipation in Quartieren angenommen. Ein Ansatz der Demokratieförderung ist die aufsuchende politische Bildung, deren Ziele und Ansätze hier vorgestellt wurden.

Wichtigstes Ziel der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit im Quartier ist die Befähigung von Bewohner*innen, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen zu können und verschiedene Wege, um sich zu engagieren, aufzuzeigen.

Die politische Bildung ist seit jeher befasst mit der Stärkung des Bewusstseins für über die eigene Lebensrealität hinausgehende gesellschaftliche Prozesse sowie daran interessiert, Menschen zur Mitgestaltung politischer Prozesse anzuregen. In von Bildungsbenachteiligung betroffenen Quartieren steht hier besonders die Stärkung der Selbstwirksamkeit der Bewohner*innen im Vordergrund: Lernende sollen befähigt werden, ihre eigenen Interessen, Fähigkeiten und Bedürfnisse politisch zu artikulieren. Primäres Ziel der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit ist somit die Befähigung der Bewohner*innen, sich für ihre eigenen Interessen einzusetzen und damit Effekten der sozialen Segregation und Isolation durch eine Bearbeitung politischer Ungleichheiten entgegenzuwirken. Dafür müssen Angebote der politischen Bildung Möglichkeiten aufzeigen, Teil politischer Prozesse zu werden, und sich der nachhaltigen Bearbeitung der »Entfremdung« zwischen Bewohner*innen und Politik und untereinander widmen.

Eine gute Vernetzung ist die Grundlage gesellschaftlichen Zusammenhalts: Ein wichtiger Schritt ist somit die Förderung nachbarschaftlichen Zusammenlebens und die Aktivierung von Netzwerken unter Bewohner*innen durch Begegnungsarbeit, die die gesamte Bewohner*innenschaft einbeziehen und zur Mitgestaltung animieren soll. Dabei sollen besonders bisher segregierte Gruppen in einen Dialog kommen, rassistische Resentiments abgebaut werden und ein nachbarschaftliches Netzwerk aufgebaut werden, das der gesellschaftlichen Isolation entgegensteht.

Hierfür führt die aufsuchende politische Bildung einen Wechsel von der klassischen Komm- zur Geh-Struktur durch: Das bedeutet, dass sie Angebote schafft, die die Lebensrealitäten und Diversität ihrer Zielgruppen wahrnehmen, in den Mittelpunkt stellen und die Lernenden in die Entwicklung der Angebote miteinbeziehen. Dazu gehört ein Verständnis informeller politischer Aktivitäten und die Erweiterung der Definition des »Politisch-Werdens« um Möglichkeiten des Engagements außerhalb der etablierten politischen Prozesse. Es kann nicht genug betont werden, dass dabei ein produktiver Blick auf das Quartier als Ort mit hohem gesellschaftlichem Potenzial eingenommen werden muss, der mit der Wahrnehmung der Bewohner*innen übereinstimmt. Häufig dominierenden Perspektiven auf das Quartier als »sozialer Brennpunkt« muss aktiv begegnet werden, um Stigmatisierungen zu verhindern und abzubauen.

So sollten die Inhalte grundlegende Kategorien politischer Teilhabe hinterfragen und in einem hohen Maße von den Teilnehmenden selbst bestimmt werden. Dadurch ist gewährleistet, dass die Inhalte die Lebensrealitäten der Teilnehmenden widerspiegeln und sie somit Ansatzpunkte zur eigenen Mitgestaltung finden. Die Themensetzung ist dabei zunächst dementsprechend frei. Grundlagen der Bildungsarbeit »gegen rechts«, der in der Bekämpfung von Radikalisierungstendenzen im Quartier besondere Bedeutung zukommt, können hier durch die Auseinandersetzung mit Mechanismen der sozialen Ungleichheit, eigenen Ausgrenzungserfahrungen aufgrund von Rassismus, Antisemitis-

mus und anderen Diskriminierungsstrukturen sowie politischer Bildungsarbeit zu den Themen Flucht und Migration geschaffen werden.

Die historisch-politische Bildungsarbeit bietet ebenfalls wichtige Grundlagen, da sie seit jeher mit der Herstellung von Anknüpfungspunkten zu abstrakt erscheinenden Lebenswelten befasst ist und zugleich einen hohen Grad an lokalen Bezügen aufweist. Dies ist für die politische Bildungsarbeit im Quartier interessant, da auch hier der Grundsatz politischer Bildungsprozesse, nämlich die Verbindung zu anderen Lebensrealitäten und -welten, die auf den ersten Blick nicht viel mit der eigenen Existenz zu tun haben, zentral ist – sowohl in Bezug auf die Begegnung mit anderen Menschen als auch in der Auseinandersetzung mit hochschwelligeren politischen Inhalten. Zudem können Angebote zur Geschichte des eigenen Quartiers konkrete Anknüpfungspunkte für die Auseinandersetzung mit historischen Inhalten darstellen.

Die Bewohner*innen des Quartiers sind nicht nur Adressat*innen der Bildungsarbeit, sondern aufgrund ihrer Expertise zu ihrem Quartier auch »Koproduzenten« (Krüger 2019: 23) von Wissen, das nicht »von oben nach unten« weitergegeben, sondern im Dialog erst produziert wird. Dazu müssen Tätige der politischen Bildungsarbeit ihre eigene Rolle als Lehrende und, sofern von auswärts kommend, als Externe grundlegend reflektieren. Unerlässlich für den Aufbau von Projektstrukturen ist die Suche nach Brückenmenschen, die im Quartier verankert und durch bisheriges Engagement für verschiedene Akteur*innen zugänglich sind. Diese können selbst zu

Multiplikator*innen der politischen Bildungsarbeit ausgebildet werden und wichtige Kontakte zu Bewohner*innen herstellen.

Öffentliche Räume sind Teil der Alltagswelt der Bewohner*innen und bieten somit einen idealen Raum für Begegnungs- und Vernetzungsarbeit.

Eine Fokussierung auf das Quartier als Lernort fußt auf einem Verständnis von Raum als einer dynamischen Ressource, die nicht frei von Machtverhältnissen ist und aktiv angeeignet werden muss. Dies gilt nicht nur für wohnpolitische Fragen: Territoriale Ungleichheit (Neu 2006) bedeutet, dass sowohl gesellschaftliche Machtverhältnisse als auch individuelle Verortungen von Menschen in einem Raum einen Einfluss darauf haben, wer in welchem Maße Zugang zu sozialen, ökonomischen und kulturellen Ressourcen erhält, die den Sozialraum Quartier erst ausmachen. Doch hier liegt auch das Potenzial öffentlicher Quartiersräume als Räume für informelle Bildungsprozesse: Öffentliche Räume stehen oft im Gegensatz zu institutionalisierten Bildungsinstitutionen, sind Teil der Alltagswelt der Bewohner*innen und bieten somit einen idealen Raum für Begegnungs- und Vernetzungsarbeit innerhalb des Quartiers.

So stellt das Quartier die wesentlichen Bedingungen für politische Bildungsformate der »Alltagsbildung« bereit. Diese sollten niedrigschwellig, begegnungsorientiert und vielfältig sein, um eine möglichst breite Bewohner*innenschaft anzusprechen und individuelle Interessen und Fähigkeiten zu be-

rücksichtigen. Es ist wichtig zu bedenken, dass bei der Projektentwicklung viel Freiraum gegeben ist, die Umsetzung der Projektideen jedoch möglichst verlässlich organisiert und betreut werden sollte. So sollten ab einem bestimmten Punkt klare Ziele gesteckt und Verantwortungsbereiche festgelegt werden und die Ergebnisse sollten erreichbar sein und evaluiert werden.

Soziale Medien und Nachbarschaftsplattformen bieten Möglichkeiten der niedrigschwelligen Organisation nachbarschaftlicher Vernetzung auf individueller und kollektiver Ebene und können den Einstieg in Aktivismus und bürgerschaftliches Engagement erleichtern. Gerade hier ist aber das Potenzial von Projekten der Extremismusprävention im Internet nicht zu unterschätzen, da insbesondere die sozialen Medien für rechtsextreme und islamistische Strukturen eine große Rolle spielen. Es bietet sich somit an, neben der Einrichtung von Nachbarschaftsplattformen und Stadtteilblogs noch tiefer in die Nutzung digitaler Vermittlungsmethoden einzusteigen, die gerade in Zeiten der Covid-19-Pandemie ein unerlässliches Tool sind. Organisationen haben bereits zahlreiche Angebote der digitalen politischen Bildung erarbeitet, auf die auch über das Quartier hinaus zurückgegriffen werden kann.

Einige Initiativen der aufsuchenden politischen Bildungsarbeit konnten hier vorgestellt werden, darunter das Projekt »Konflikt->Quartier<->Zusammenleben« von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung, das in verschiedenen Vierteln Quartiersanalyse mit Methodenentwicklung verknüpfte. Das

Bochumer Projekt »Menschen Häuser Nachbarschaften« bildete eine Schnittstelle städtebaulicher und bildungspolitischer Ansätze. Sowohl die Bildungsarbeit als auch das Projekt »Gleiche politische Teilhabe – Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung im Quartier« der Berliner Landeszentrale für politische Bildung und die Demokratiewerkstätten der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen legen wichtige Grundsteine der aufsuchenden politischen Bildung in mehreren Berliner Kiezen und in Quartieren in sieben verschiedenen Städten Nordrhein-Westfalens. Die Erfahrungsberichte dieser Projekte bilden eine wichtige Grundlage für zukünftige Umsetzungen der aufsuchenden politischen Bildung in Quartieren, da sie nicht nur inspirieren, sondern auch auf etwaige misslungene Organisation und Gewinnung von engagierten Bewohner*innen hinweisen können.

PartQ arbeitet in verschiedenen Modellquartieren mit einer Kombination von Analyse der lokalen Bedingungen, Umsetzung von Maßnahmen der aufsuchenden Bildung vor Ort, begleitender Beratung sowie quartiersübergreifender Vernetzung.

Das Projekt »PartQ – Aufsuchende politische Bildung im Quartier« (Laufzeit: Dezember 2020 – Dezember 2024) schließt an bisherige Studien von Minor – Wissenschaft und Projekte von Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung an, die sich der Entwicklung des gesellschaftlichen Zusammenhalts in Quartieren in analytischer sowie praktischer Form gewidmet haben. In PartQ arbeitet das

Projektteam in verschiedenen Modellquartieren mit einer Kombination von Analyse der lokalen Bedingungen, Umsetzung von Maßnahmen der aufsuchenden Bildung vor Ort, begleitender Beratung sowie quartiersübergreifender Vernetzung.

Konkret wird in den Quartieren zunächst eine Bestandsaufnahme der relevanten Themen, Aktivitäten und Bedarfe sowie der bestehenden Stakeholder-Netzwerke durchgeführt. Entsprechend der Bedarfe vor Ort sollen mit Wohnungsunternehmen und anderen lokalen Akteur*innen erste Partizipationsansätze und politische Bildungskonzepte entwickelt und, begleitet durch das *PartQ*-Team, durch Projektpartner vor Ort umgesetzt werden. Über die Auswahl und die Finanzierung der Partizipationsprojekte entscheidet der Projektbeirat. Dabei wird das Projekt in zwei Runden in unterschiedlichen Modellquartieren um-

gesetzt, um Lerneffekte aus der ersten Runde (2021–2022) in der zweiten Runde (2023–2024) zu erproben. In einem Praxisforum sollen die lokalen Akteure in einen quartiersübergreifenden Austausch kommen. Um den Einsatz der Ansätze in der Praxis der in den Quartieren aktiven Akteur*innen nachhaltig zu verankern, werden zu Projektende die Erkenntnisse aus den erprobten Vorgehensweisen im Rahmen einer Disseminations- und Transferstrategie verbreitet.

Das bundesweite Vorhaben soll zur Förderung des Dialogs zwischen Menschen unterschiedlicher Herkünfte, Generationen und Wohndauer in den Modellquartieren, zur Stärkung von Teilhabe, gemeinschaftsfördernden Initiativen und Strukturen vor Ort und zur Bildung eines gemeinsamen Demokratieverständnisses beitragen.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Allport, G. W., 1954:** The nature of prejudice. Cambridge: Addison-Wesley.
- Apitzsch, U. und Schmidbauer, M., 2011:** Care, Migration und Geschlechtergerechtigkeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37–38. 07.09.2011. www.bpb.de/apuz/33149/care-migration-und-geschlechtergerechtigkeit (26.04.2021).
- Atli, S. et al., 2020:** Jahresbericht 2019. Berliner Landeszentrale für politische Bildung.
- Ballaschk, L. und Stapf, T., 2020:** Digitale Methoden der aufsuchenden Jugendsozialarbeit. Bericht zur Bestandsaufnahme und ersten Bedarfsermittlung mit Berliner Trägern. minor-wissenschaft.de/wp-content/uploads/2021/02/DiMe_Publikation_Bericht-2020_Veroffentlichung_final.pdf (21.04.2021)
- Bartlett, L., 2005:** Dialogue, Knowledge, and Teacher-Student Relations: Freirean Pedagogy in Theory and Practice. *Comparative Education Review* 49(3): 344–364.
- Baukultur Nordrhein-Westfalen, 2019:** Menschen Häuser Nachbarschaften – Expedition in den Stadtteil baukultur.nrw/projekte/expedition-im-stadtteil/ (03.03.2021).
- Becker, A. und Schnur, O., 2020:** Die Digitalisierung des Zusammenlebens: Über die Wirkungen digitaler Medien in Quartier und Nachbarschaft. S. 1–16 in Hannemann, C. et al. (Hrsg.), *Jahrbuch Stadtregion – Digitale Transformation*. Wiesbaden: Springer.
- Benze, A. und Walter, U., 2015:** Das Quartier als Lernraum für Jugendliche, S. 167–180 in Coelen, T. et al. (Hrsg.), *Stadtbaustein Bildung*. Wiesbaden: Springer.
- Bourdieu, Pierre, 2001:** Das politische Feld. S. 41–46 in: *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*, Konstanz: UVK.
- Bremer, H., 2020:** Bildungseinrichtungen als öffentliche Räume. Perspektiven in der politischen Erwachsenenbildung. Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.), *böll.brief, Öffentliche Räume #7*.
- Bremer, H. und Trumann, J., 2016:** Politische Erwachsenenbildung in politischen Zeiten. S. 81–99 in Münk, D./Walter, M. (Hrsg.), *Lebenslanges Lernen im sozialkulturellen Wandel*. Wiesbaden: Springer.
- Bukow, W.-D., 2016:** »Wir sind kölsche Jungs«. Postmigrantische Jugendliche als Demokratisierungspioniere in einem marginalisierten Quartier, S. 307–329 in Ottersbach, M.; Platte, A.; Rosen, L. (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten als Herausforderung für inklusive Bildung*, Wiesbaden: Springer.
- [BMI] Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), 2021:** Soziale Stadt. www.staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/soziale_stadt_node.html (03.03.2021).

- [BMI] Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI), 2020: Miteinander im Quartier. Gleiche politische Teilhabe – Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung im Quartier. www.miteinander-im-quartier.de/modellprogramme/politische-bildung.html (03.03.2021).
- Bundesregierung, 2016: Bericht der Bundesregierung zur Lebensqualität in Deutschland. www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/bericht-der-bundesregierung-zur-lebensqualitaet-in-deutschland.pdf?__blob=publicationFile&v=8 (24.03.2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung, 2020: Jamal al-Khatib X NISA. www.bpb.de/lernen/projekte/jamal/ (03.03.2021).
- Bundeszentrale für politische Bildung, 2011: Beutelsbacher Konsens. www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens (23.03.2021).
- Brunner, A., 2020: Erziehung und Hilfe: Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen in aufsuchenden Feldern, S. 245–258 in: Diebäcker, M.; Wild, G. (Hrsg.), *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*. Wiesbaden: Springer.
- Ciupke, P. und Reichling, N., 1994: Politische Erwachsenenbildung als Ort öffentlicher Verständigung. Argumente für ein erweitertes Selbstverständnis. *APUZ* 45–46: 13–21.
- Ciupke, P., 2010: Orte der politischen Bildung. Von der Bildungsstätte zum »Lernen vor Ort«. *Hessische Blätter für Volksbildung* 4: 315–324.
- Crenshaw, Kimberlé, 1989: Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics, Artikel 8 in *University of Chicago Legal Forum*: Vol. 1989.
- Deinet, U., 2015: Rauman eignung als Bildung im Stadtraum, S. 159–166 in: Coelen, T. et al. (Hrsg.), *Stadtbaustein Bildung*. Wiesbaden: Springer.
- Deutscher Bundesjugendring e. V., 2017: U18. Die Wahl für Kinder und Jugendliche: Konzept. www.u18.org/fileadmin/user_upload/U18_Bund_2017/U18-Konzept_neu.pdf (03.03.2021).
- Eisel, M. et al., 2020: Frei – Gerecht – Solidarisch. Politische Bildung für soziale Demokratie, library.fes.de/pdf-files/dialog/16349.pdf (14.01.2020).
- El-Mafaalani, A., 2020: Corona-Krise: Verstärkt die Pandemie Bildungsungerechtigkeiten? In: Bundeszentrale für politische Bildung, 30.07.2020. www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/313446/bildungsgerechtigkeit (26.04.2021).
- Elsäßer, L., Hense, S., Schäfer, A., 2017: »Dem Deutschen Volke«? Die ungleiche Responsivität des Bundestags, S. 161–180 in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, Nr. 27.
- Faulstich, W., 1981: *Arbeitsorientierte Erwachsenenbildung*. Frankfurt a. M.: Diesterweg.

- FESCH – Forum Eltern und Schule, 2018:** Demokratiewerkstatt im Quartier – Krefeld Süd. 25.04.2018. www.fesch-politische-bildung.de/2018/04/25/demokratiewerkstatt-im-quartier-krefeld-sued/ (02.03.2021).
- Freire, P., 2005:** *Pedagogy of the Oppressed*. New York: Continuum.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES), 2020:** Diskriminierung, Ausbeutung und zunehmende Ungleichheit. 07.09.2020. www.fes.de/themenportal-flucht-migration-integration/artikelseite-flucht-migration-integration/diskriminierung-ausbeutung-und-zunehmende-ungleichheit (07.04.2021).
- Fuchs, G. und Hinrichs, H., 2019:** *Menschen Häuser Nachbarschaften – Expeditionen in den Stadtteil. Ein Modellprojekt stadtteilorientierter politischer Bildungsarbeit*. Düsseldorf: Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen.
- Führer, S., 2020:** Demokratie in Schiefelage. Armin Schäfer im Gespräch mit Susanne Führer. Deutschlandfunk, 13.06.2020. www.deutschlandfunkkultur.de/politologe-ueber-sozial-ungleiche-wahlbeteiligung.990.de.html?dram:article_id=450251 (01.03.2021).
- Fugmann, F. und Karow-Kluge, D., 2019:** Öffentliche Räume als Begegnungsorte in stadtgesellschaftlich vielfältigen Quartieren. S. 285–307 in U. Altröck et al. (Hrsg.), *Programmatik der Stadterneuerung, Jahrbuch Stadterneuerung*. Wiesbaden: Springer.
- Geißel, B., 2012:** Politische (Un-)Gleichheit und die Versprechen der Demokratie. APUZ 38–39. www.bpb.de/apuz/144109/politische-un-gleichheit?p=all (23.03.2021).
- Hoefl, C. et al., 2014:** Wer organisiert die »Entbehrlichen«? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren. *Gesellschaft der Unterschiede*, Bielefeld: transcript.
- Kantar Public, 2017:** Nichtwähler der Bundestagswahl 2017. Eine Studie von Kantar Public im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (BPA), Dezember 2017.
- Karabulut, A., 2020:** Diskriminierung, Rassismus und Bildungsungleichheit – Theoretische Perspektiven, Verhältnissetzungen und Intersektionen. S. 15–48 in: *Rassismuserfahrungen von Schüler*innen. Pädagogische Professionalität und Migrationsdiskurse*. Wiesbaden: Springer.
- Karl-Arnold-Stiftung, 2021:** Das Karl-Arnold-Institut – Kompetenzzentrum für aufsuchende politische Bildung. www.karl-arnold-stiftung.de/ueber-uns/die-stiftung/apb.html (03.03.2021).
- Kessl, F., 2015:** Urbane Spielräume an der Schnittstelle zwischen Bildung und Stadtentwicklung. S. 125–135 in: Coelen, T. et al. (Hrsg.), *Stadtbaustein Bildung*.
- Klatt, J. und Walter, F., 2011:** *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*. Bielefeld: transcript.

- Krüger, T., 2019:** Bildung auf Suche, S. 14–29 in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Demokratie ganz nah – 16 Ideen für ein gelebtes Grundgesetz. Bonn.
- Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, 2019:** Demokratiewerkstätten im Quartier. www.politische-bildung.nrw.de/wir-partner/projekte/demokratiewerkstaetten-im-quartier (02.03.2021).
- Lefebvre, H., 1974:** Die Produktion des Raums. S. 330–342 in: Dünne, J./Günzel, S. (Hrsg.), 2015: Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften. 8. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ludwig, F., 2019:** Expertise Aufsuchende politische Bildung. Unter Mitarbeit von Helmut Bremer. Im Auftrag von ARBEIT UND LEBEN Sachsen e.V., www.modem-arbeitundleben.de/fileadmin/user_upload/2019_Expertise_aufsuchende_politische_Bildung_FL-HB.pdf, (31.03.2021).
- Mack, W., 2020:** Bildung in der Stadt in sozialräumlicher Perspektive, S. 215–222 in: Coelen, Thomas et al. (Hrsg.), Stadtbaustein Bildung.
- Marc, M. und Palloks, K., 2018:** Interkulturelle Nachbarschaftsvermittlung im Sozialraum. Abschlussdokumentation des Projekts »Ponte«, ponte.padb-berlin.de/wp-content/uploads/2018/12/Abschlussdokumentation_Ponte_Palloks_2018.pdf (02.03.2021).
- Massing, P., 2021:** Politische Bildung. In: Lexika. www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202092/politische-bildung (26.04.2021).
- Meyer, L. und Büchter, S., 2019:** Projektdokumentation. Einblick in die Praxis »Aufsuchender Politischer Bildung«, 2017–2018. werkstatt-meyer.de/wp-content/uploads/2020/09/DEMOKRATIEWERKSTATT_Krefeld_doku.pdf (02.03.2021).
- Mayrhofer, H. und Neuburg, F., 2019:** Offene Jugendarbeit in einer digitalisierten und mediatisierten Gesellschaft. Endbericht zum Forschungsprojekt »E-YOUTH.works – Offene Jugendarbeit in und mit Sozialen Medien als Schutzmaßnahme gegen radikalisierende Internetpropaganda«. Wien.
- Miteinander im Quartier, 2020:** Gleiche politische Teilhabe – Erprobung von Ansätzen einer aufsuchenden politischen Bildung im Quartier. www.miteinander-im-quartier.de/modellprogramme/politische-bildung.html (03.03.2021).
- Munsch, C., 2010:** Engagement und Diversity. Der Kontext von Dominanz und sozialer Ungleichheit am Beispiel Migration. Weinheim: Juventa.
- Neu, C., 2006:** Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte (37), S. 8–15. Online verfügbar unter www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/29540/laendlicher-raum (20.02.2021).

- Neuburg, F.; Kühne, S.; Reicher, F., 2020:** Soziale Netzwerke und Virtuelle Räume: Aufsuchendes Arbeiten zwischen analogen und digitalen Welten, S. 167–184 in: Diebäcker, M.; Wild, G. (Hrsg.), *Streetwork und Aufsuchende Soziale Arbeit im öffentlichen Raum*.
- Neugebauer, G., 2007:** *Politische Milieus in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- von Oswald, A., Ress, S., Pfeffer-Hoffmann, C., 2019:** Herausforderung: Zusammenleben im Quartier. Die Entwicklung von Wohnquartieren in Deutschland. Wahrnehmungen, Schwierigkeiten und Handlungsempfehlungen. Berlin: Minor Wissenschaft im Auftrag des GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen, 2019.
- Ottersbach, M., 2020:** Bildung in marginalisierten Quartieren, S. 17–30 in: Ottersbach, M.; Platte, A.; Rosen, L. (Hrsg.), *Soziale Ungleichheiten als Herausforderung für inklusive Bildung*. Wiesbaden: Springer.
- Pape, N., 2011:** Politische Partizipation aus der Sicht funktionaler Analphabet/inn/en. In: REPORT – Zeitschrift für Weiterbildungsforschung 34 (3): 15–23.
- Quartiersmanagement Falkenhagener Feld West, 2020:** Politische Bildungsarbeit im Falkenhagener Feld West. 14.03.2020. falkenhagener-feld-west.de/2020/03/14/politische-bildungsarbeit-im-falkenhagener-feld/ (31.03.2021).
- Pfaller, Alfred, 2012:** Gesellschaftliche Polarisierung in Deutschland. Ein Überblick über die Fakten und die Hintergründe. In: *Wiso Diskurs, Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik*. Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Roter Baum Berlin, 2020:** Hellersdorf aktiv. www.roter-baum-berlin.de/de/berlin-aktiv/hellersdorf-aktiv/ (03.03.2021).
- Schäfer, A., 2021:** Enttäuschte wählen weniger, taz, 07.03.2021. taz.de/Deutsches-Wahljahr-2021/!5751248/ (29.06.2021).
- Schnur, O., 2014:** Quartiersforschung im Überblick: Konzepte, Definitionen und aktuelle Perspektiven. S. 19–51 in: Schnur, O. (Hrsg.), 2014: *Quartiersforschung*. Wiesbaden: Springer.
- Shirky, C., 2008:** *Here Comes Everybody. The Power of Organizing Without Organizations*. New York: Penguin Press.
- Stapf, T. und Siegert, W., 2019:** Quartiere unter Druck? Radikalisierungstendenzen und Potenziale politischer Bildung in belasteten Großstadtquartieren. Berlin: Minor Kontor für Bildung und Forschung gGmbH.
- Statistisches Bundesamt, 2020:** Haushalte und Familien. Lange Reihe für Familien und Familienformen. www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Haushalte-Familien/Tabellen/2-4-Ir-familien.html?nn=208888 (29.06.2021).

Steinmeier, F.-W., 2019: Empfang für Aktive der politischen Bildung und Podiumsdiskussion zum Thema »Demokratie ganz nah – Wie gelingt aufsuchende politische Bildung?« In: Der Bundespräsident. Reden und Interviews. 2. Februar 2019. www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2019/02/190202-Krefeld-Gelebtes-GG.html (02.03.2021).

Streetwork Online, 2020: streetwork@online. streetwork.online (03.03.2021).

Szigetvari, A., 2021: Wie Corona die soziale Kluft vergrößert. Der Standard, 02.04.2021. www.derstandard.de/story/2000125539677/wie-corona-die-soziale-kluft-vergroessert (07.04.2021).

Teichmann, B. und Kluge, F.: 33 Baukultur Rezepte. Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bonn 2017.

Vehrkamp, R., 2015: Politische Ungleichheit – neue Schätzungen zeigen die soziale Spaltung der Wahlbeteiligung. Einwurf 2/2015. Bertelsmann Stiftung. www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_EINWURF_2_2015.pdf (01.03.2021).

Verstärker – Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit, 2004: Wie politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gelingen kann. Eine Zwischenbilanz. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. www.lpb-bw.de/fileadmin/Abteilung_III/jugend/pdf/ws_beteiligung_dings/ws4/netzwerk_verstaerker_handlungsempfehlungen.pdf (31.03.2021).

Walter, F., 2014: Prolog: Wachsende Ungleichheit ohne politisch-kulturelle Repräsentanz und Organisation? S. 9-28 in Hoefl, C. et al. (Hrsg.), Wer organisiert die »Entbehrlichen«? Viertelgestalterinnen und Viertelgestalter in benachteiligten Stadtquartieren. Gesellschaft der Unterschiede. Bielefeld.

Willi-Eichler-Akademie, 2021: Demokratiewerkstatt – Demokratie im Quartier. www.web-koeln.de/demokratiewerkstatt/ (29.03.2021).

Zeiger, S. und Aly, A., 2015: Countering violent extremism: developing an evidence-base for policy and practice. Hedayah: Curtin University.

Bildung ist Voraussetzung für die Partizipation an gesellschaftlichen und politischen Prozessen. Als Ressource wird sie jedoch maßgeblich von sozioökonomischen Voraussetzungen bestimmt. Umgekehrt ist die Repräsentation aller Menschen unumstößliche Grundlage des demokratischen Systems. Derzeit führen politische Ungleichheiten und fehlende politische Repräsentation zu einer beiderseitigen Entfremdung zwischen bestimmten Bevölkerungsgruppen und politischen Akteuren.

Konsequenzen gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen wie dem demografischen Wandel, Migration und ungleichen wirtschaftlichen Entwicklungen zeigen sich in einer zunehmenden sozialen Spaltung und sozialräumlichen Segregation, die regional geballt in Wohnquartieren auftritt. So äußert sich der gesamtgesellschaftliche Rechtsruck in einer Zunahme rechts-extremer und -populistischer Einstellungen und Aktivitäten vermehrt in segregierten Wohnquartieren.

Der Sozialraum Quartier weist hohes Potenzial für aufsuchende politische Bildungsarbeit auf. Ziel der Ansätze ist es, Radikalisierungstendenzen in den Quartieren entgegenzuwirken, politische Partizipation zu fördern und den nachbarschaftlichen Dialog *community*-übergreifend zu stärken.

Dieses Working Paper beleuchtet Fragen, denen sich aufsuchende politische Bildungsarbeit im Quartierskontext stellen muss. Daran anschließend wird das Konzept der aufsuchenden politischen Bildung und theoretische sowie praktische Aspekte sowie konkrete Praxisbeispiele vorgestellt. Abschließend wird ein Ausblick auf das Projekt *PartQ* gegeben.

